Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 223. Freitag, den 23. September 1910. 17. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“.

Drohende Aussperrung in der gesamten Metallindustrie.

Die Vertrauenskommission des Verbandes der Metallindustriellen hat einen Bericht versandt, den wir in der Lage sind, veröffentlichen zu können. Er lautet:

„Seit der letzten Sitzung der Vertrauenskommission hat sich die Situation in der schon sechs Wochen währenden Arbeiterbewegung auf den Seeschiffswerften insofern geändert, als die Arbeiterorganisationen sowohl in Hamburg als auch in anderen Hafenorten die Bewegung durch Sympathiestreiks erweitert haben. So sind in Hamburg-Altona nicht nur die 8 Schiffswerften, sondern etwa 15 Maschinenfabriken und Eisengießereien, ferner 9 Modelltischlereien, 5 Gelbgießereien sowie einige Flußschiffswerften und Kupferschmiedereien von Streiks überzogen worden, wozu noch 2 Harburger Maschinenfabriken kommen. Auch in Stettin haben etwa 1250 Arbeiter des „Vulkans“ nachträglich die Arbeit niedergelegt, sodaß die Zahl der streikenden Arbeiter um mehrere Tausend erhöht worden ist.

Weiterhin ist von dritter Seite der Versuch gemacht worden, eine Verhandlung zwischen den Werften und den ausständigen Arbeitern in die Wege zu leiten. Die acht sozialdemokratischen Gewerkschaften, welche den Werftarbeiterstreik in Hamburg inszenierten, hatten sich auch der Gruppe deutscher Seeschiffswerften gegenüber zu Verhandlungen bereit erklärt. Darauf wurde für Mittwoch, den 7. September 1910, eine Zusammenkunft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Hamburg in Aussicht genommen, doch stellten dabei die Seeschiffswerften die Bedingung, daß außer den acht sozialdemokratischen Gewerkschaften je ein Vertreter der Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkvereine sowie drei Vertreter der nationalen Arbeiterverbände zu den Verhandlungen hinzugezogen werden sollten. Das haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften abgelehnt.

Daraufhin hat die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften an den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller den Antrag gestellt, eine Gesamtaussperrung zu beschließen Die Vertrauenskommission hat deshalb in ihrer Sitzung am 13. September den Beschluß gefaßt, dem vom Vorstand auf Donnerstag, den 22. September einberufenen Ausschuß des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller vorzuschlagen:

„Die Schiffswerften durch eine Gesamtaussperrung zu unterstützen, unter der Voraussetzung, daß alle etwaigen weiteren Verhandlungen ausschließlich durch den Gesamtverband geführt werden.“

* * *

Inzwischen liegt schon der gestrige Beschluß des Ausschusses vor. Er beschloß, **die Gruppe der Seeschiffswerften mit einer Gesamtaussperrung der Metallarbeiter zu unterstützen, und zwar derart, daß beginnend mit dem 8. Oktober 60 Proz. aller in den Betrieben des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller beschäftigten Arbeiter ausgesperrt werden sollen.**

Vorher sollen jedoch mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes Verhandlungen gepflogen werden und, falls diese Verhandlungen zu einem Resultat führen, unterbleibt die Aussperrung. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich am Montag, dem 26. September, beginnen.

Wollen die Herren wirklich den Kampf, dann nur zu! Die Arbeiter sind gerüstet!

* * *

Der Verband der Metallindustriellen Leipzigs beschloß mit Rücksicht auf die in Aussicht stehende Aussperrung der Metallarbeiter, sofort Erhebungen anzustellen, welchen Organisationen die Arbeiter angehören. Die den Arbeitern vorzulegenden Fragen lauten: 1. Sind Sie Mitglied irgendeiner Arbeiterorganisation? 2. Welchem Verband gehören Sie an? Wer von den Arbeitern ungenügende Angaben macht, soll ohne weiteres dem Deutschen Metallarbeiterverbande zugezählt werden und soll die hieraus entstehenden Konsequenzen tragen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Etats-Schwierigkeiten.

Wie die „Berliner Börsen-Zeitung“ erfahren haben will, hat es sich bei der ausgedehnten Sitzung des preußischen Staatsministeriums, die von Herrn v. Bethmann-Hollweg geleitet wurde, tatsächlich um die Finanzlage des Reiches gehandelt. Man erkannte an, daß es eine Unmöglichkeit sei, jetzt schon wieder neue Steuervorlagen an den Reichstag zu bringen. Von der Einbringung einer neuen Erschaftssteuer glaubte man deshalb Abstand nehmen zu können, weil im Reichstage eine Mehrheit kaum zu haben sei. Es soll deshalb versucht werden, durch Abstriche den Etat für das kommende Jahr in das Gleichgewicht zu bringen. Wie weiter gemeldet wird, wurde auch die gesammte innerpolitische Lage zum Gegenstand eingehender Besprechungen gemacht, ohne daß besondere Beschlüsse gefaßt worden wären.

Auch die Leuchtmittel- und Zündwarenindustrie haben nach Ausweis der amtlichen Statistik schwer unter der neuen Belastung durch Steuern gelitten. Über ihr Ergehen in der Zeit vom 1. Oktober 1909 bis 31. März 1910 wird amtlich berichtet, daß nur die Herstellung von Quecksilber-, Dampf- und ähnlichen Lampen sich ohne besondere Schwierigkeiten über die Steuer hinweggeholfen habe, weil derartige Lampen für gewisse Zwecke überhaupt nicht entbehrt werden können und auf dem Weltmarkt fast ohne Konkurrenz sind. Im übrigen hatte die Leuchtmittelindustrie sehr darunter zu leiden, daß infolge der Verteuerung ein bedeutender Rückgang des Absatzes im Inlande eintrat. Nicht nur Private, sondern auch Fabriken, Gastwirte und andere Großverbraucher hatten vorher ihren Bedarf auf Monate hinaus gedeckt. Außerdem soll aber auch vielfach eine sorgsamere Behandlung und eine längere Benutzung der Leuchtkörper zu beobachten sein. Weiter wird darüber geklagt, daß Händler, Installateure 2c. nicht wie früher ihren ganzen Jahresbedarf auf einmal bestellen, sondern immer nur so viel wie sie augenblicklich brauchen. Hierdurch werden die Hersteller gezwungen, ohne zuverlässigen Überblick über den wirklichen Bedarf auf Vorrat zu arbeiten und in ihren Lagern nicht unbedeutende Geldmittel festzulegen. Durch all dies entstehen Zinsverluste, gesteigerte Kosten für Verpackung und Versand in kleineren Posten usw. Ferner sind die Kleinbetriebe wiederum schwer benachteiligt zugunsten der Großbetriebe. Die kapitalkräftigen Großbetriebe sind durchweg im Genuß der sechsmonatlichen Steuerstundung, die kleinen dagegen können die erforderliche Kaution nicht stellen und haben infolgedessen entweder keine Stundung oder nur auf drei Monate, sodaß sie der Kundschaft nicht so günstige Zahlungsbedingungen gewähren können wie die großen. Außerdem konnten die Großbetriebe das Auslandsgeschäft mehr zum Ersatz heranziehen, das sehr erhebliche Summen für Reklame, Reisen, Provisionen und dergleichen erfordert. (Die exportierten Leuchtmittel zahlen keine Steuer.)

Ähnlich lautet der Bericht aus der Zündwarenindustrie. Die Lage war nicht günstig. Alle Konsumenten hatten sich mit Vorrat versehen, die bedeutende Preissteigerung brachte Einschränkungen des Verbrauchs, und so ergab sich eine empfindliche Stockung des Absatzes im Inland. Es war noch als Glück zu bezeichnen, daß in Österreich-Ungarn ein Zündholzmonopol bevorstand, sodaß sich dort jedermann im voraus versorgen wollte, was eine Steigerung der deutschen Ausfuhr hervorrief. Trotzdem waren Betriebseinschränkungen nicht zu vermeiden. — Gegenüber diesen Tatsachen kann es wenig helfen, daß der offizielle Bericht in ein paar unverbindlichen Redensarten die Hoffnung auf baldige Besserung ausspricht.

Die Einkünfte aus der Steuer betrugen für das halbe Jahr gegen 5¼ Millionen Mark von Leuchtmitteln und etwas über 7 Millionen von Zündwaren. Pro Jahr sind also aus diesen Artikeln des unentbehrlichsten Massenverbrauchs an 25 Millionen zu erwarten.

Vorläufig keine neuen Steuern.

Der Reichskanzler hat seit seiner Rückkehr aus Hohenfinow verschiedentlich Konferenzen mit seinen Ministerkollegen und den Staatssekretären abgehalten, über deren Resultat bisher noch nichts an die Öffentlichkeit gedrungen war. Wie die Scherlpresse jetzt aus zuverlässiger Quelle zu melden weiß, soll das Ergebnis der vielstündigen Besprechungen sein, „daß von dem Versuch, neue Reichssteuern auszuschreiben, mindestens vor den Reichstagswahlen des nächsten Herbstes Abstand genommen wird. Man wird mit der größtmöglichsten Sparsamkeit auszukommen suchen. Die Vorarbeiten zur Aufstellung des nächsten Reichsetats sind noch nicht abgeschlossen. Gegenwärtig sind erst die einzelnen Etats mit den vom Reichsschatzamt vorgenommenen Abstrichen an die betreffenden Ressorts zurückgelangt, die nun ihrerseits dazu noch Stellung zu nehmen, die Abstriche entweder zu genehmigen oder sie ganz oder teilweise zu bekämpfen haben. Dann erst, wenn dieses Stadium durchlaufen ist, kann der Reichshaushaltsetat für 1911 endgültig aufgestellt und an den Bundesrat gebracht werden. Es läßt sich also gegenwärtig die Gestaltung des neuen Etats noch nicht mit Sicherheit übersehen. Das Bestreben des Reichsschatzamtes soll nach wie vor dahin gehen, eine Balancierung des Etats herbeizuführen. Ob dies möglich sein wird, ist ja allerdings höchst fraglich. Für schlechthin unmöglich hält man es aber im Reichsschatzamt noch immer nicht. Sicher sei also vor der Hand nur so viel: Neue Reichssteuervorlagen sind bis auf weiteres nicht zu erwarten und nahezu ausgeschlossen.“

Amtsmüde.

Der Oberpräsident der Provinz Pommern, Freiherr v. Maltzahn-Gültz, wird am 1. April aus seinem Amte scheiden. Der Mann hat in der letzten Zeit dadurch von sich reden gemacht, daß er die Behauptung aufstellte, die deutsche Presse werde zum größten Teil von jungen Leuten redigiert, die noch nicht einmal hinter den Ohren trocken sind.

Sonst ist Wissenswertes von ihm nicht zu berichten.

Oberbürgermeister Cuno,

der bisherige Vertreter des Reichstagswahlkreises Hagen-Schwelm, will bei der nächsten Reichstagswahl nicht wieder kandidieren. Sein Rücktritt von der Kandidatur wird damit begründet, seine hauptamtliche Tätigkeit ermögliche ihm nicht eine uneingeschränke Wahrnehmung des Mandats. — Hängen ihm die Trauben zu hoch?

Freisinnige Flunkerei.

Die Mitteilung, daß Staatssekretär a. D. Dernburg zugesagt habe, sich als freisinniger Reichstagskandidat aufstellen zu lassen, wird von der „Freisinnigen Zeitung“ dahin richtig gestellt, daß Abg. Dr. Wiemer in seiner Rede in Nordhausen der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, daß Dernburg in nicht allzu ferner Zeit in den Reichstag einziehen werde. Dernburg habe sich nur für später zu Verhandlungen über die Annahme einer Reichstagskandidatur bereit erklärt. — Das „Berliner Tageblatt“ fügt hinzu, daß Dernburg sich im Gegenteil zur Annahme einer Reichstagskandidatur ablehnend geäußert habe. — Die „Post“ will gar erfahren haben, daß Dernburg im zweiten Berliner Wahlkreise, den jetzt Genosse Richard Fischer vertritt, aufgestellt werden soll. — Jedenfalls beruht die ganze Geschichte auf Kombination und auf dem Wunsch der Fortschrittler, einen früheren Minister in den Reihen ihrer Fraktion zu haben.

Erweiterung der Zündwarensteuer.

Die Frage, ob die Zündwarensteuer auch auf Ersatzmittel ausgedehnt werden soll, die seit der Einführung der Steuer in den Handel gebracht worden sind, ist bald verneint, bald bejaht worden. In der letzten Zeit haben namentlich die Inhaber von Zündholzfabriken beim Reichsschatzamt darauf gedrängt, daß eine Ausdehnung der Steuer herbeigeführt werden solle. Tatsächlich hat das Schatzamt auch Erhebungen anstellen lassen, und von deren Ergebnis wird es nunmehr abhängen, ob eine Erweiterung der Leuchtmittelsteuer dem Reichstage vorgeschlagen wird.

Veteranen-Elend.

Eine in Leipzig bestehende Vereinigung, die sich die Unterstützung bedürftiger Veteranen angelegen sein läßt, hat festgestellt, daß das Einkomen der von ihr unterstützten Veteranen im Durchschnitt pro Monat höchstens 34,11 Mk. betrug, während das niedrigste auf 15,61 Mk. festgestellt wurde. Hierbei wird ausdrücklich bemerkt, daß fast alle Beteiligten gänzlich erwerbsunfähig waren und zum Teil auch Armenunterstützung bezogen, die bereits im obigen Einkommen mit enthalten ist.

Ein Vorschlag zur Güte.

Die ultramontane „Donauzeitung“ in Passau, das Organ des Reichs- und Landtagsabgeordneten Dr. Pichler, bringt das Sparsamkeitsbedürfnis im Reich mit der — Todesstrafe in Verbindung. Im Anschluß an eine Betrachtung darüber, daß sich der Juristentag für die Beibehaltung der Todesstrafe aussprach, meint das christlich-fromme Blatt:

„Wenn dann noch etwas weniger von dem Begnadigungsrechte Gebrauch gemacht wird, was doch nur zu Lasten der Steuerzahler geht, wird es schon wieder besser werden."

Wirklich echt christlich! Damit die Steuerzahler Geld sparen, soll mehr geköpft werden!

Königlich bayrische Militär-Zigarrenfabriken.

Die Tabaksteuer hat das Kommando des 4. bayrischen Inf.-Reg. in Metz zu einer ganz eigenartigen Einrichtung veranlaßt. Der „Deutsche Tabakverein", eine Unternehmerorganisation, hat in Erfahrung gebracht, daß in der Kaserne des fraglichen Regiments der Bedarf an Zigarren für die Mannschaften hergestellt wurde. Auf eine Eingabe an das bayrische Kriegsministerium wurde dem Tabakverein geantwortet, daß die behaupteten Tatsachen richtig sind. Das Kriegsministerium hat, wie die „Bresl. Ztg." mitteilt, als Grund angeführt:

„Zum teilweisen Ausgleich der in Metz eingetretenen besonderen Verteuerung aller im Kantinenbetrieb benötigten Lebens- und Genußmittel usw. hat sich das 4. Inf.-Regiment zu dem Versuch veranlaßt gesehen, den Bedarf an Zigarren für die Mannschaften zum Teil in eigener Regie durch zwei gelernte Zivilarbeiter in einem eigens dazu gemieteten Raum anfertigen zu lassen. Angehörige des Regiments werden bei der Herstellung der Zigarren nicht verwendet, es ist Vorsorge getroffen worden, daß die gefertigten Zigarren lediglich von der Truppe selbst verbraucht werden und ein Verkauf nach auswärts hintangehalten wird. Da diese Einrichtung lediglich dem Wohle und dem Vorteil der Mannschaften dient und gesetzliche Bestimmungen ihr nicht entgegenstehen, ist das Kriegsministerium nicht in der Lage, den vom Deutschen Tabakverein geäußerten Wunsch auf Verbot der Selbstanfertigung von Zigarren im Kantinenbetrieb des 4. Inf.-Regt. zu entsprechen."

Wenn dieses Beispiel Nachahmung finden sollte, dann werden allerdings noch eine Anzahl Zigarrenfabriken die Bude zusperren können.

Schweden.

Ein Wahlsieg. Bei den jetzt beendeten Wahlen zu einem Fünftel der Ersten Kammer (im ganzen 33 Mandate) gewannen die Linke elf und die Sozialisten drei Sitze.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Magdeburg.

Magdeburg, den 22. Sept. 1910.

4. Verhandlungstag.

Dietz eröffnet die Sitzung mit einigen geschäftlichen Mitteilungen.

Der Parteitag tritt in die Beratung des nächsten Punktes der Tagesordnung:

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit

ein.

Noske-Chemnitz führt als Berichterstatter aus: Ich habe Ihnen nur über eine kurze Tagung des Reichstags zu berichten. Viel Gutes habe ich Ihnen nicht mitzuteilen, in bezug auf Fortschritte in der Sozialpolitik komme ich mit leeren Händen. Die Reichsfinanzreform stand noch immer im Mittelpunkt der Erörterung und die Erbitterung der bürgerlichen Parteien untereinander ist noch stark. Die Parteien des schwarz-blauen Blocks ärgern sich darüber, daß die Liberalen immer noch die Steuerfragen in die Debatte werfen, die Liberalen sind erbost, daß sie ausgeschaltet sind und mit konservativen Fußtritten aus dem Bülowblock hinausexpediert worden sind. Auch Bülow ist gestürzt. Sein Nachfolger Bethmann-Hollweg wird von bürgerlichen Parteien als weltfremd bezeichnet. Ich meine Weltfremdheit und Unfähigkeit sehen sich aus der Entfernung sehr ähnlich. Wer andere an freiwilliger Arbeit hindert, sollte einmal zu Zuchthaus verurteilt werden. Die Regierung verdiente fortgejagt zu werden, weil sie den Reichstag so spät einberufen hat. Mit uns haben sich die Freisinnigen über die späte Einberufung des Reichstages entrüstet. Sie sind jetzt überhaupt nach dem Zerschellen des Blocks radikaler als in den letzten Jahren, aber wer soll das nach ihrer Würdelosigkeit in der Blockzeit für Ernst halten. (Sehr wahr!) An Sensationen hat es diesmal gefehlt. Die Finanzwirtschaft stand unter dem Zeichen der Sparsamkeit. Aber nur bei den einmaligen Ausgaben wurde gespart, zum großen Teil auf Kosten der Industrie und der Arbeiter. Das diesmal nicht Ausgegebene wird später verlangt werden. Die dauernden Heeres- und Flottenausgaben stiegen wiederum bedeutend. Unsere Abrüstungsanträge fanden selbst bei einigen bürgerlichen Abgeordneten Anklang, aber die Mehrheit will das Heer als Waffe gegen den inneren Feind — siehe Mansfeld! — unbedingt erhalten. Gespart wurde an den Kulturausgaben: die Soldatenlöhnung ist noch immer nicht um die 8 Pfg. erhöht worden. Zur vierzigjährigen Gedenkfeier der siebziger Siege haben sich Kriegsinvalide vor Not erschossen. Die Opfer der schwarz-blauen Finanzreform, bei denen die Arbeitslosigkeit ungeheuer groß ist, läßt man verhungern. Die Sozialpolitik steht still. Die Regierung hat vor den Scharfmachern und ihrem „Juliusturm" kapituliert. Delbrück ist lediglich Staatssekretär gegen die Sozialreform, der Mann der „weißen Salbe". Außer dem kleinen Stellenvermittlungsgesetz ist nichts Sozialpolitisches geschehen. Warten wir, ob wenigstens in der nächsten Session die Angst vor dem Zorn der Arbeiterwähler die Sozialpolitik vorwärts treiben wird. Die Justizgesetzgebung ist auch im letzten Jahre verschlechtert und plutokratisiert worden. Wir haben nach bestem Können unsere Schuldigkeit getan. Kritiken sind mir weder während der Session noch nach Erscheinen meines Berichts zu Augen gekommen. Wenn so wenig erreicht wurde, liegt es an der Zusammensetzung und dem bösen Willen der Mehrheit. Sorgen Sie dafür, daß wir bei den nächsten Wahlen so stark werden, diese Widerstände zu überwinden. (Beifall.) Wann freilich gewählt wird, wissen wir noch nicht. Man läßt den Reichstag ja über alles Wissenswerte und Wichtige in Unklarheit. Man betrachtet ihn als lästiges Übel, das die gekrönten „Instrumente des Himmels" bloß stört. Nur Geld kann das Gottesgnadentum nicht schaffen, das nimmt es selbst in diesen Zeiten der Not und Teuerung vom Parlament und Volk. Krampfhaft ruft Bethmann-Hollweg nach Sammlung — auf der Marienburg hat der Kaiser die Parole aufgenommen — und im Nebel sucht er eine Wahlparole. Gescheit denkt er an den „bedrohten Schutz der nationalen Arbeit". Wegen der Wucherzölle braucht er sich nicht zu bemühen, deren Abschaffung machen wir schon zur Wahlparole. (Sehr gut!) Oder denkt Bethmann an eine hurrapatriotische Wahlparole? Die neue Militärvorlage kommt ja im Winter. Wovon sie aber bezahlt werden soll, ist ganz unklar. Die neuen Steuern liefern 120 Millionen weniger, als sie sollten. Aber wenn sie selbst den erwarteten Ertrag brächten, weiß der Schatzsekretär nach eigenem Geständnis den nächsten Etat noch nicht zu balancieren. Trotzdem haben wir angesichts der Geschäftigkeit der Gegner alle Veranlassung, auf der Hut zu sein. Freilich sind inzwischen die Wähler wohl durch Schaden klug geworden. Statt der goldenen Berge, die man ihnen versprach, haben die Massen eine erhebliche Verschlechterung ihrer Existenz in Kauf nehmen müssen. 1907 und 1908 hatte der Reichstag keine Zeit „erst recht Sozialpolitik" zu treiben. Man mußte mit vollen Händen Geld zum Fenster hinauswerfen, das man gar nicht hatte, sondern erst pumpen mußte. 1909 hatte man wieder keine Zeit, weil man die leeren Kassen des Reiches füllen mußte, indem man die des Volkes leerte. Jetzt wieder kommen Militärvorlagen. Die erste Handlung der vorigen Session war die Vertagung der Witwen- und Waisenversicherung. Und da stellt sich der Scharfmacher Delbrück im Reichstage hin und bedauert, daß die Arbeiterklasse noch immer nicht durch die Sozialpolitik versöhnt sei. Eine schöne Versöhnungspolitik, die die Massen darben und hungern läßt. Man tröstet uns, daß die Teuerung nur vorübergehend sei. Aber man macht damit die toten Kinder nicht wieder lebendig, man macht die Verbrecher aus Not nicht wieder zu ehrlichen und glücklichen Menschen. Wenn wir einen freien Reichstag hätten, so säße er jetzt zusammen und beriete, wie man es den Armen in Deutschland leichter machen könnte, sich satt zu essen. (Sehr gut!) Es ist unerträglich, daß zahllose Menschen an schlechter, mangelnder Ernährung zugrunde gehen. (Sehr wahr!) Aber noch eine andere Frage werden wir in den Vordergrund stellen müssen: Der Kaiser redet wieder. Der Kaiser trägt wieder Beunruhigung und Unsicherheit in das politische Leben Deutschlands hinein. Wieder hat er den Absolutismus proklamiert. „Unbeirrt von Tagesmeinungen will er seinen Weg gehen." Wir schütteln gewiß den deutschen Staub nicht von den Füßen, aber den Vertretern der Gottesgnadenideen wird das deutsche Volk gewiß keine Träne nachweinen. Vor 20 Jahren hat der Kaiser gesagt: Ich führe euch herrlichen Zielen entgegen. Wir haben genug von dieser Sorte von Herrlichkeit. (Lebh. Beifall.) Die bürgerlichen Parteien haben die Verantwortung für alle Anmaßungen des Absolutismus zu tragen. Sie haben 1907 nur geredet, nicht gehandelt. Nie wieder wird die Gelegenheit zur endgültigen Niederwerfung des persönlichen Regiments gleich günstig wiederkehren. In jenen Tagen mußte die Regierung alles zugestehen, aber auf die bürgerlichen Parteien ist nicht die mindeste Hoffnung; nur die Arbeiterschaft wird Deutschland zu einem freiheitlich-demokratischen Staat machen. Dem Bekenntnis zum Absolutismus stellen wir bei den kommenden Wahlen die Losung der Republik entgegen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Wir wollen keinen absoluten König, das Volk ist mündig. Endlich muß auch in Deutschland der Wille des Volkes höchstes Gesetz werden. (Stürmischer Beifall.) Mit diesen Parolen werden wir einig und geschlossen wie ein Mann den Kampf bei den Reichstagswahlen führen. (Stürmischer, wiederholter Beifall.)

In der Diskussion bittet

Bromme-Lübeck, einen Antrag Lübeck der Fraktion zu überweisen, der ein scharfes Vorgehen der Reichstagsfraktion gegen die russischen Grenzübergriffe fordert. Es sei unerträglich, daß die deutsche Regierung das Reich noch immer als Hausknecht und Stiefelputzer Rußlands hinstellt.

Dittmann-Solingen bittet um Annahme eines Antrages, die Fraktion möge im Reichstage die Wahlrechts- und Streikjustiz des letzten Jahres gründlich zur Sprache bringen. Die Urteile seien derart, daß man vielfach nicht einmal an den guten Glauben der Richter glauben könne. Immer habe man sich nur an die Polizeiaussagen gehalten, manchmal sogar an die unwahrscheinlichsten. Wenn die Justiz sich unter die Polizei stelle und die Polizei von den höheren Instanzen gedeckt werde, könne man sich nicht wundern, wenn sie in einzelnen Städten wie Kosaken gehaust hätten. Hierüber und über die vielfach ebenso unglaubliche Streikjustiz müsse alles Material an die Fraktion gesandt und von dieser energisch zur Sprache gebracht werden. (Beifall.)

Genossin Zetkin befürwortet den Antrag, strafrechtliche Bestimmungen gegen die Verleitung von Kindern zum Branntweingenuß zu treffen. Eine Partei der Zukunft müsse alles aufbieten, um eine gesunde junge Generation herbeizuführen. (Beifall.)

Hackelbusch-Berlin tritt ebenfalls für diesen Antrag ein. Er verweist auf einen Artikel der „Pädagogischen Zeitung", wonach Kinder in Pommern, die in der Landwirtschaft arbeiteten, aus der Branntweinfabrik des gnädigen Herrn dreimal täglich Schnaps als Lohn erhielten.

Engler-Freiburg tritt für ein Absynthverbot ein. Nachdem es in der Schweiz verboten sei, weil es zu grauenhaften Verbrechen geführt habe, suche man es nach Süddeutschland zu bringen. Dem müsse vorgebeugt werden.

Olion-Aachen teilt mit, daß im christlichen Jünglingsverein in Aachen sechs Liter Schnaps ausgelost worden seien.

Wurm-Berlin: Wenn es gelingt, durch den Schnapsboykott den Schnapsverbrauch auf das Maß des Kontingents zurückzuführen, dann fällt die Extraliebesgabe weg. Unser Schnapsboykott scheint diese erfreuliche Wirkung gezeitigt zu haben. Aber jetzt beschäftigt sich, wie ein unzufriedener Schnapsbrenner in der „Schlesischen Zeitung" ausgesprochen hat, der Bundesrat mit einer Herabsetzung des Kontingents, um den Junkern diesen Extraprofit zu erhalten. (Lebh. Hört, hört!) Außerdem verteuert die Spirituszentrale den Spiritus im Inlande künstlich, indem sie das Kontingent durch Verschleuderung an das Ausland zu übersteigen sucht. Mit Zustimmung aller Bundesregierungen im Süden wie im Norden wird diese Wirtschaft der Schnapsvergiftung und Auswucherung im Reiche getrieben. Wir müssen dagegen mit aller Entschiedenheit protestieren. (Lebh. Beifall.)

Geck-Offenburg teilt mit, daß in der Petitionskommission die Mehrheit der bürgerlichen Parteien ein Absynthverbot mit Rücksicht auf die Absynthindustrie bereits abgelehnt hätte. Kindern Alkohol als Beruhigungsmittel zu geben, sei leider eine weitverbreitete, mit aller Energie zu bekämpfende Sitte.

Katzenstein-Berlin: Wir dürfen nicht erst traurige Erfahrungen mit dem Absynth machen, sondern müssen vorbeugen wie bei der Cholera. Gerade die freien Völker legen sich mit vollem Bewußtsein solche Beschränkungen auf, wie Finnland und die Schweiz, während die absolutistisch regierten Polizeistaaten Rußland und Preußen am meisten vom Alkohol verwüstet werden. Der Schnapsboykott hat gewirkt, aber bei ernstem Willen könnte noch mehr geschehen. Namentlich Mehring und die „Bremer Bürgerzeitung" haben die Wirkung des Leipziger Boykottbeschlusses abgeschwächt. Eine bewußte Auflehnung gegen einen Parteitagsbeschluß haben wir gestern als das größte Verbrechen bezeichnet. Wir müssen daher auch den Branntweinboykott mit aller Entschiedenheit durchführen.

Henke-Bremen: Es muß erlaubt bleiben, an einem Parteitagsbeschluß Kritik zu üben, und zu sagen, daß die Trinksitten, wie alle sozialen Krankheiten, nach der materialistischen Geschichtsauffassung aus den wirtschaftlichen Verhältnissen hervorgehen. Im übrigen hat die „Bremer Bürgerzeitung" wie alle Parteiblätter Aufrufe gegen den Schnapsgenuß gebracht und wird den Boykott weiter zu fördern suchen.

Die weitere Diskussion wird auf Freitag 9 Uhr vertagt.

Nach persönlichen Bemerkungen von Katzenstein und Henke über die Haltung der „Bremer Bürgerzeitung" zum Schnapsboykott wendet sich Fleißner-Dresden in einer persönlichen Bemerkung gegen einen Artikel der „Chemnitzer Volksstimme", die ihm satte Selbstzufriedenheit mit den sächsischen Parlamentszuständen vorgeworfen hätte. Diese Unterstellung sei durchaus unberechtigt.

Bei dem Bureau sind noch über ein Dutzend Erklärungen zu Protokoll eingegangen, meist zustimmend zum Vorstandsantrag in der badischen Budgetfrage und zum Antrag Zubeil, von Delegierten, die bei der Abstimmung ferngehalten waren.

Die Parteileitung legt gegen die Fleischteuerung folgende Resolution vor:

„Der Parteitag erblickt in der herrschenden Fleischteuerung einen unerträglichen Notstand, der durch die Zoll- und Agrarpolitik des Reiches hervorgerufen ist.

Die künstliche Verteuerung des Getreides durch die Zölle, die in Zeiten hoher Auslandspreise noch gesteigert wird durch die Einfuhrscheine, bedingt neben der Brotteuerung die Verteuerung der Futterstoffe und damit die Preissteigerung des Viehs und des Fleisches. Diese Preissteigerung wird weiter verschärft durch die Vieh- und Fleischzölle und die schikanösen Einfuhrbestimmungen.

Die hohen Fleisch- und Brotpreise verschlechtern die Lebenshaltung der ärmeren Volksklassen, schädigen ihre Gesundheit auf das schlimmste und führen zu ihrer Degeneration. Der Parteitag verlangt daher von der Regierung, daß unverzüglich alle Zölle und zollpolitischen Maßregeln, die eine künstliche Verteuerung des Fleisches herbeiführen, beseitigt werden; er fordert weiter die Parteiorganisation auf, den Kampf gegen die Lebensmittelteuerung mit aller Schärfe weiter zu führen."

Um 11 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Der Nachmittag ist für einen Ausflug des Parteitages nach dem Harz bestimmt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 23. September.

Der Kampf auf den Werften.

In der neuesten Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung" ist der Briefwechsel veröffentlicht, der zwischen den Werftbesitzern und den Vertretern der Arbeiterorganisationen wegen der Verhandlungen gepflogen wurde.

Nachdem die Unternehmer am 6. September durch Schreiben an den Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes erklärt hatten, daß die Werftbesitzer nicht nur mit Vertretern der Zentralverbände verhandeln wollen, sondern außer diesen auch Vertreter der christlichen, Hirsch-Dunckerschen und der gelben Vereine zugezogen sein sollen, schickte der Vorsitzende Schlicke unterm 10. September erneut ein Anschreiben, in dem er zum Schluß sagt:

„Ebenso muß ein Beharren auf der Hinzuziehung der Vertretung nationaler Arbeitervereine in der Arbeiterschaft den Glauben an eine seitens der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften wirklich geplante Verhandlung ernstlich erschüttern. Aus diesem Grunde erlaube ich mir hierdurch namens der beteiligten acht Gewerkschaften nochmals der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften anheimzugeben, bei etwa in Aussicht zu nehmenden Verhandlungen auf die Hinzuziehung von Vertretern der nationalen Arbeitervereine verzichten zu wollen."

Dieses Schreiben beantwortete Herr Blohm am 12. September wie folgt:

„Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 10. d. M. Dasselbe erreichte uns zu spät, weil inzwischen die Vertrauenskommission des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller die weitere Behandlung der obschwebenden Angelegenheit übernommen hat. Ihr Schreiben vom 10. d. M. haben wir an die Vertrauenskommission des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller in Berlin, Potsdamer Straße 134a, weitergegeben."

Von einer Ablehnung aller am Streik etwa beteiligten Gewerkschaften ist also in dem Schlickeschen Brief keine Rede. Dagegen ist es richtig, daß die Darstellung des Verbandes der Metallindustriellen — sicher nicht ungewollt — diese Deutung ebenso zuläßt wie eine andere. Den Metallindustriellen ist natürlich eine Auslegung, die zum Zwist unter den Arbeitern führen muß, nur angenehm.

Die Tagesordnung der am Montag stattfindenden Bürgerschaftsversammlung ist nunmehr wie folgt festgesetzt worden: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Ausgleichung der Baurechnung für das Rechnungsjahr 1909. 2. Nachbewilligung von 2493,55 Mark auf die Bausumme für das Schulhaus der zweiten Haushaltungsschule in St. Lorenz. 3. Bewilligung von Mitteln für die Erhaltung und Wiederherstellung Lübeckischer Bau- und Kunstdenkmäler. 4. Gewährung einer Altersunterstützung an den Chausseewärter Hans Heinrich Wilhelm Clasohm. 5. Pflasterung der Fackenburger Allee auf der Strecke von der Sedanstraße bis zum Flutgraben. 6. Ankauf des Grundstückes An der Untertrave Nr. 89. 7. Nachbewilligung von Ausgabe-Überschreitungen der Lübecker Straßenbahn für das Rechnungsjahr 1909. 8. Erhöhung der nach dem Lübeckischen Gerichtskostengesetze und der Gebührenordnung für Notare, sowie nach den Gebührentarifen der Verwaltungsbehörden zu erhebenden Schreibgebühren. III. Antrag von Th. Schwartz und Genossen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, anläßlich der übermäßig hohen Fleischpreise, seinen Vertreter beim Bundesrate zu beauftragen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß 1. die Grenzsperre für die sofortige Einfuhr von Jungvieh, Schlachtvieh und Fleisch auf das für den Seuchenschutz unumgänglich nötige Maß herabgesetzt werde und 2. die Vieh- und Futtermittelzölle aufgehoben werden. IV. Antrag von Heise: Überweisung der Eingabe des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes und des Vereins für Handlungs-Commis von 1858 (Bezirk Lübeck) an den Bürgerausschuß.

Keine Ehrentafel! Gegen die Senatsvorlage auf Anstellung einer weiblichen Leiterin am Volksschullehrerinnenseminar, d. h. also gegen den Fortschritt, stimmten am letzten Montag folgende Bürgerschaftsmitglieder: Mantau, Herm. Meyer, Dr. Müller, Neuner, Niemann, Paatsch, A. Pape, Pump, G. Reimpell, Johs. Reimpell, Ritter, Sartori, v. Schack, Schiemann, Schober, Schönwald, Schöß, Schorer, Schulmerich, Schulz, Schwabroch, Seidel, Stallbaum, Stender, Tegtmeyer, Thiele, Dr. Wetzke, Dr. Ziehl, Bandholz, Bendfeldt, Böbs, Buchwald, Burwick, Eder, Dr. Gilbert, Gosch, Haack, Heise, Heick, Jäde, Kahns, Rudolph Kähler, Klatt, Koch, Köhn, Köster, Lauenstein und Lippert.

Beendete Lohnbewegung. Zwischen der Firma Rud. Karstadt und den im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisierten Hausdienern ist nach längeren Verhandlungen ein beide Teile befriedigender Lohntarif abgeschlossen worden.

Das Geschäftszimmer der Ersatzkommission wird am 28. d. Mts. nach Schüsselbuden Nr. 16, 2. Stock, verlegt. An diesem Tage bleibt das Geschäftszimmer geschlossen.

Aus dem Gerichtssaal. Das unbefugte Zertrümmern der Glasscheibe eines Feuermelders muß der Arbeiter R. mit 10 Mk. Geldstrafe, die das Schöffengericht über ihn verhängte, büßen. — Ein Bild aus dem Gegenwartsstaat entrollte eine Verhandlung gegen den Musiker R. Infolge längerer Krankheit war er nicht imstande, seine Logismiete zu zahlen. Da seine Logisgeber ihn drängten, nahm er eine ihm nicht gehörige Geige an sich und gab sie für die schuldige Miete in Zahlung. Das Gericht erkannte angesichts der traurigen Verhältnisse auf die Mindeststrafe von 1 Tag Gefängnis. — Seinem Chef unterschlug der Handlungsgehilfe H. einen Scheck über 92 Mk. Mit Rücksicht auf seine Vorstrafen muß H. nun 6 Wochen brummen. — Der Alkohol hat wieder ein Opfer gefordert. Die Arbeiter B. und R. hatten sich gemeinschaftlich auf Kosten des letzteren beschnapst. Da B. noch nicht „voll" genug war, verlangte er von R., er solle noch mehr Kümmel ausgeben. Als dieser sich weigerte, schlug B. mit einem Instrument auf R. los und verletzte ihn nicht unerheblich oberhalb des linken Auges. Nun soll der häufig vorbestrafte B. dafür 3 Monate Freiquartier auf Lauerhof erhalten.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern mittag 14½ Grad Badeanstalt Falkendamm (Wakenitz) 15½ Grad.

Hansatheater. Man schreibt uns: „Vier Tage aus dem Leben Sherlock Holmes", so lautet der Titel der neuesten Sherlock-Holmes-Fortsetzung, welche Sonnabend erstmalig zur Aufführung gelangt. Die „Hallesche Zeitung" schreibt hierüber: „Und jetzt endlich zeigt uns das Ensemble sein bestes Repertoirstück. Es ist in der Tat spannend und unterhaltsam. Jedenfalls bedeutend besser als die beiden bekannten Sherlock-Holmes-Stücke usw." Das Stück wurde von demselben Ensemble in den meisten Großstädten mit größtem Erfolge aufgeführt und bildet noch heute den Triumph der Londoner Saison. Demnach wird es auch hier seine Zugkraft behaupten. Der großen Nachfrage halber nach Eintrittskarten beginnt der Vorverkauf für die Sonntagsvorstellung bereits Freitag.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Sonntag geht der stets wirkungsvolle Schwank „Der Raub der Sabinerinnen" von Franz und Paul von Schönthan in Szene. (Vorverkauf der Billette siehe Inserat.)

Neues Stadttheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute, Freitag, kommt Aubers große Oper „Die Stumme von Portici" zur Wiederholung. Morgen, Sonnabend, gelangt Mozarts große Oper „Don Juan" zur Aufführung. Die Hauptpartien sind wie folgt besetzt: Donna Anna: Frl. Formes, Don Juan: Herr Fischer, Leporello: Herr von Schenck, Don Ottavio: Herr Melzer, Donna Elvira: Frl. Weber, Zerline: Frl. Stretten, Masetto: Herr Meyer. Die Inszenierung liegt in Händen des Herrn Oberregisseurs Islaub; die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Pfeiffer. Am Sonntag, abends 7½ Uhr, geht zum ersten Male die erfolgreiche Operetten-Novität „Die Förster-Christl" von Georg Jarno in Szene.

Schlutup. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariates findet morgen Sonnabend im Lokale des Herrn Freese von 5 bis 7 Uhr nachmittags statt.

Vorwerk. Bestätigt ist der zum Mitgliede des Gemeindevorstandes erwählte Baumschulenbesitzer R. F. Hartwig.

Gr. Schretstaken. Ein Raubanfall wurde Dienstagabend auf den hier wohnhaften Landwirt Püst verübt. P. befand sich per Rad auf dem Wege von Möhnsen nach hier, als er plötzlich beim Mühlenbach in der Dunkelheit von zwei Personen hinterrücks überfallen wurde. Er erhielt einen wuchtigen Hieb, konnte sich jedoch weiterer Angriffe mit Hilfe seines Rades entziehen.

Hamburg. Ein Opfer seines Berufes ist am Mittwoch nachmittag der Kastenschutenschiffer Hamke geworden. H. fiel, als er seine Schute am Schlepptau des Dampfers „Helios" im Kuhwärderhafen einhaken wollte, über Bord und ertrank. Seine Leiche wurde bald darauf geborgen und ins Hafenkrankenhaus transportiert.

Neumünster. Feuersbrunst. Donnerstag vormittag, kurz vor 11 Uhr, entstand in dem benachbarten Dorfe Gadeland ein Großfeuer, das durch einen mit Streichhölzern spielenden Jungen verursacht war. Es sind drei Wohnhäuser, die alte Schule und zwölf Schuppen dem Brande zum Opfer gefallen. Viel Getreide ist verbrannt. Das Feuer konnte erst nachmittags gelöscht werden.

Kiel. Ein netter Soldatenerzieher ist der Decksoffizier Nickel vom Kreuzer „Stettin". N. ist schon viermal wegen Mißhandlung Untergebener bestraft. Trotzdem wurde er aber im April noch zum Decksoffizier befördert, gewiß bezeichnend für die Art, wie man Soldatenmißhandlungen zu beseitigen sucht. Eine Anzahl Matrosen wurde von Nickel mit Schlägen und Fußtritten traktiert. Am schlimmsten trieb er es mit dem Matrosen Scheidereiter. Als dieser mit Erlaubnis des Wachoffiziers an einer sonst für diese Zwecke verbotenen Stelle Zeug wusch, versetzte N. ihm einen Schlag an den Kopf, daß er gegen eine Koje fiel. Dann befahl N. den Matrosen in seine Kammer und verprügelte ihn regelrecht, so daß der Matrose laut um Hilfe schrie. Selbst der Vertreter der Anklage führte aus, daß man annehmen müsse, N. besitze eine gewisse Neigung, die Untergebenen zu mißhandeln, er beantragte aber nur fünf Wochen gelinden Arrest. Doch diese Strafe war dem Gericht noch zu hoch, es erkannte auf nur — 25 Tage gelinden Arrest. Der Decksoffizier, der also jetzt schon fünfmal wegen Mißhandlung Untergebener bestraft ist, bleibt weiter Vorgesetzter und kann sein Handwerk weiter treiben. So bekämpft man Soldatenmißhandlungen.

Kiel. Wieder einmal eine Reichsverbandsklage. Wegen Beleidigung des Vorstandes des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie wurde von der Strafkammer I des Landgerichts der verantwortliche Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung", Genosse H. Brecour, zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung wurde in einem Prozeßbericht gefunden, den die „Volkszeitung" über die Beleidigungsklage der Vorstandsmitglieder des Zentralverbandes der Bauarbeiter gegen Roche und Kater brachte, die vor dem Hamburger Schöffengericht mit einer Verurteilung von Roche und Kater endete. In dem Bericht wurde gesagt, wahrscheinlich hätte auch Roche für seine Broschüre „Aus dem roten Sumpf" das Geld vom „Reichslügenverband" erhalten. Der Hauptvorstand des Reichsverbandes in Berlin stellte Strafantrag, weil er sich sowohl durch die Bezeichnung „Reichslügenverband" als auch durch die als wahrscheinlich hingestellte Tatsache, er habe das Geld zu dieser Broschüre gegeben, beleidigt fühlte. Es fand sich auch ein Staatsanwalt, der im öffentlichen Interesse Anklage erhob. Das Gericht kam zu einer Verurteilung, weil die Bezeichnung Reichslügenverband eine schwere Beleidigung sei. Dieser Ausdruck werde auch dadurch nicht milde gestimmt, daß er schon lange gegen den Reichsverband angewandt werde. Ob der § 193 dem Angeklagten zugebilligt werden müsse, könne dahingestellt bleiben, denn aus der Anwendung der Ausdrücke gehe hervor, daß der Angeklagte die Absicht hatte, den Reichsverband zu beleidigen. Dagegen konnte das Gericht in dem Satz: „Wahrscheinlich hätte Roche das Geld für seine Broschüre vom Reichsverband erhalten", eine Beleidigung nicht erblicken. Es hielt nicht für erwiesen, daß behauptet werden sollte, der Reichsverband habe Geld für die Broschüre gegeben, obwohl er wußte, die in der Broschüre aufgestellten Behauptungen beruhen auf Unwahrheit. Es sei vielleicht im politischen Kampfe üblich, daß Überläufer von der gegnerischen Partei unterstützt würden, und nur in diesem Sinne sollte von einer Unterstützung des Verfassers der Broschüre durch den Reichsverband gesprochen werden.

Husum. Zum freisinnigen Reichstagsabgeordneten für Husum-Tondern ist an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurücktretenden Abgeordneten Dr. Leonhart Rechtsanwalt Dr. Blunck, Hamburg, Mitglied der dortigen Bürgerschaft, nominiert worden.

Husum. Nationalliberal-konservatives Bündnis. Im Wahlkreis Tondern-Husum ist für die kommende Reichstagswahl der nationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Schifferer aufgestellt worden, für den auch die Konservativen und der Bund der Landwirte eintreten werden. Bisher freilich ist dieser Kreis noch im Besitz der Fortschrittler, die fortgesetzt einen Zusammenschluß des Gesamtliberalismus erstreben. In Tondern-Husum allerdings haben ihnen die Nationalliberalen den Stuhl vor die Tür gesetzt.

Bremerhaven. Solidaritätsstreik. Der englische Dampfer „Ellaline" kam Mittwoch mit einer Getreideladung von zirka 6000 Tons in Bremerhaven an. Der Dampfer war ursprünglich für Brake bestimmt, doch sollte er wegen des Ausstandes der dortigen Hafenarbeiter in Bremerhaven entlöscht werden. Die Bremerhavener Hafenarbeiter erklärten sich jedoch mit den Brakern solidarisch und verweigerten die Entlöschung der Ladung.

Aus der Partei.

„Das andere Allenstein" vor der Erfurter Strafkammer. Unser Genosse Dahl von der „Tribüne" in Erfurt stand wegen angeblicher Beleidigung des gesamten Allensteiner Offizierkorps und des Hauptmanns Schmack vor der Erfurter Strafkammer und wurde zu 300 Mk. Geldstrafe, je 150 Mk. für jede Beleidigung, verurteilt. Beantragt waren sechs Monate Gefängnis. Die Beleidigungen wurden in einem Artikel „Das andere Allenstein" gefunden.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein schöner Erfolg des Steinarbeiterverbandes. Im unterfränkischen Muschelkalkgebiet wurde soeben ein umfangreicher Lohntarif zum Abschluß gebracht. Der Tarif selbst weist mehr wie 100 Positionen auf und erstreckt sich auf 29 Ortschaften, in welcher über 600 Verbandsmitglieder beschäftigt sind. Bisher bestand in diesem großen Steinbruchsgebiet das sogenannte wilde Akkordsystem und im Winter wurden die Kubikmeterpreise immer stark herabgesetzt. Die Steinarbeiter reichten schon im Jahre 1906 eine Tarifvorlage ein. Es kam zum Streik, der verloren ging und dem Steinarbeiterverband ca. 110 000 Mk. kostete. — Durch den jetzigen Tarifbeschluß ist nun mit einem Schlage das Lohnverhältnis in vernünftige Bahnen gelenkt. Die Steinbruchsbesitzer wehrten sich auch dieses Mal gegen einen Tarifabschluß, aber die aufblühende Muschelkalkindustrie konnte eine solche Betriebsstörung wie 1906 nicht ohne weiteres vertragen, zudem lagen große Aufträge vor. — Der Ausgang dieser Lohnbewegung wird weiter zur Folge haben, daß die 12 Zahlstellen, welche beim Tarifabschluß in Frage kommen, zu einem Verwaltungsbezirk verschmolzen werden sollen. Die strenge Durchführung des Tarifes macht eine solche organisatorische Neuerung dringend nötig.

Erfolgreicher Mühlenarbeiterstreik. Der Streik der Mühlenarbeiter in den Hildebrandschen Mühlenwerken in Böllberg bei Halle a. S. endete mit einem Erfolg der Arbeiter. Die Direktion verhandelte mit dem Streikkomitee unter Zuziehung des Verbandsvorsitzenden und machte dabei Zugeständnisse, die von den Streikenden akzeptiert wurden.

Tarifbewegung der Buchbinder in Hannover. Eine von über 1500 Buchbinderei- und Kartonnagen-Arbeitern und -Arbeiterinnen besuchte Versammlung beschäftigte sich am 19. ds. Mts. mit den Zugeständnissen der Prinzipale zu der eingereichten Tarifvorlage. Diese Zugeständnisse sind so gering, daß die Verhandlungskommission erklärte, sie der Arbeiterschaft zur Annahme nicht empfehlen zu können. In einer angenommenen Resolution wird gesagt, daß, wenn bis 23. ds. Mts. keine Einigung erzielt ist, die Arbeiter die Kündigung einreichen werden.

Etuisarbeiterstreik in Eisenberg. Die in der Eisenberger Etuisindustrie beschäftigten Etuis- und Holzarbeiter befinden sich seit dem 15. bezw. 22. August in einem heftigen Lohnkampfe, an dem insgesamt 350 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt sind. Der Streik erstreckt sich über 15 Betriebe, während mit 7 Betrieben, in denen 120 Personen beschäftigt werden, ein Tarifvertrag abgeschlossen werden konnte. Gefordert wird eine 55½stündige Arbeitszeit, Einführung von Minimallöhnen, höhere Entschädigung für Überstunden, eine 10prozentige Erhöhung der Akkordpositionen und Abschluß eines Tarifes auf die Dauer von 5 Jahren. Der Kampf ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil der Schutzverband der Etuisfabrikanten Deutschlands auf seiner diesjährigen Generalversammlung in Eisenach einen Beschluß gefaßt hat, nach welchem Tarifverträge mit Arbeitnehmerverbänden nicht einzugehen sind und bestehende Verträge nicht erneuert werden dürfen. Trotz dieses Beschlusses sahen sich jedoch die Hanauer Fabrikanten kurze Zeit nach der Unternehmertagung genötigt, in einen Tarifvertrag mit dem Buchbinderverbande zu willigen, und jetzt setzen die Fabrikanten alle Hebel in Bewegung, um Eisenberg vor dem Schicksal Hanaus zu bewahren. Die Dauer des Kampfes ist noch nicht abzusehen, die Arbeiterschaft wird sich aber ihr Recht, auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen einen mitbestimmenden Einfluß auszuüben, von den Unternehmern nicht nehmen lassen. Der Streik hat sich also zum Prinzipienkampf ausgewachsen, der mit aller Energie zu Ende geführt werden muß.

Zuzug nach Eisenberg ist streng fernzuhalten.

Auch in Ruhla haben die Etuiarbeiter bei zwei Firmen die Kündigung eingereicht.

Kommunales.

Wahlsieg. In dem hessischen Vorort Vilben sind Dienstag bei der Gemeindewahl vier Sozialdemokraten gewählt worden. Damit haben wir die Mehrheit im Gemeinderat erlangt.

Aus dem Gerichtssaal.

Die reiche Heirat. Böse hereingefallen ist ein 30jähriger Fabrikbesitzer aus Barmen. Er lernte in einem Düsseldorfer Tanzlokal ein 17 Lenze zählendes Mädchen kennen, das sich ihm als Baronesse von Bingerdorf, Nichte des preußischen Ministers v. der Recke, vorstellte. Nach durchtanzter Nacht fuhr die Baronesse mit ihm nach Köln, wo beide gemeinschaftlich in einem Hotel übernachteten. Ihrem schnell erworbenen Galan erzählte sie, daß sie ein Vermögen von ¾ Millionen habe, über das sie nach Eintritt ihres 18. Lebensjahres verfügen könne. Als sich die junge Baronesse Mutter fühlte, reiste man nach München, und in gemeinsamer Wohnung erwartete man ihre Niederkunft. Es kam ein Knäblein. Der gute Fabrikbesitzer meldete auf dem Standesamt das Kindlein als ein eheliches an, und so wurde es auch in das Personenstandsregister eingetragen. Nun reiste man nach England und schloß den Bund fürs Leben. Als mit Eintritt des 18. Lebensjahres der Herr Gemahl bei seiner besseren Hälfte auf die Beschaffung der ¾ Millionen Heiratsgut drang, stellte sich heraus, daß seine junge Frau keine Blaublütige ist, sondern ihm nach jeder Richtung hin, auch bezüglich der dreiviertel Millionen, einen blauen Dunst vorgemacht hatte. Sie war lediglich eine Prostituierte. Der Fabrikbesitzer strengte nun gegen seine Frau Klage auf Nichtigkeitserklärung der Ehe an, weil er durch die Angaben der Bingerdorf, sie sei eine Baronesse und nebenbei eine Jungfrau, in einen Irrtum versetzt und durch ihre Behauptung, sie habe dreiviertel Millionen und sei eine Nichte des Ministers von der Recke arglistig getäuscht worden sei. Das Landgericht München tat ihm den Gefallen und löste die vermeintliche Geldehe auf. Er aber wurde noch wegen eines Vergehens gegen das Personenstandsgesetz zu einem Tag Gefängnis verurteilt. — Dummheit ist eine Gabe Gottes, aber man darf sie nicht mißbrauchen!

Ein Pfarrer verurteilt. Die Strafkammer des Landgerichts Landshut verurteilte den katholischen Pfarrer Michael Stöger von Hebertsfelden wegen fahrlässiger Tötung zu vierzehn Tagen Gefängnis. Der Pfarrer hatte als Vorstand der dortigen Armenpflege den Tod einer Armenhäuslerin dadurch verursacht, daß er die geistesschwache Person zu wenig überwachte. Die Frau ist buchstäblich verhungert. Der Staatsanwalt hatte sechs Wochen Gefängnis beantragt. — Sehr milde!

Verurteilt, aber .... Aus Neuyork wird gemeldet: Der frühere Sekretär und Schatzmeister der American Sugar Refining Company, Charles R. Heike, wurde durch das Bundesgericht zu acht Monaten Zuchthaus und zu 5000 Dollar Strafe verurteilt, weil er die Regierung durch falsche Angaben über das Zuckergewicht betrogen hat. Verurteilt wurde in Amerika schon mancher der „reichen Räuber", auch Rockefeller. Mit der Vollziehung des Urteils ist es freilich ein anderes Ding.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Gyges und sein Ring." Tragödie in 5 Aufzügen von Friedrich Hebbel. Ein Bergesriese, sich düster in erdferne, eiskalte Region hineinreckend, so steht diese bedeutsame Tragödie vor uns. Ein selten erreichter Gipfel auch im Schaffen des Dichters. Was ihm vorschwebte, „den Durchschnittspunkt, an dem die antike und die moderne Atmosphäre ineinander übergehen, zu treffen," ist ihm hier wunderbar gelungen. In mythische Zeit verlegte er den Stoff, den er der Fabel Herodots entnahm: Kandaules, der König der Lydier, zeigt in übermütigem Glücksgefühl dem Günstling Gyges in nächtlicher Stunde seine Gemahlin Rhodope hüllenlos. Diese, aufs äußerste empört über die ihr angetane Schmach, stellt Gyges vor die Entscheidung, den König zu töten und sich ihr zu vermählen oder selbst zu sterben. Gyges entschließt sich für das erstere und fällt den Kandaules. Aber wie veredelt, für unser modernes Empfinden erträglicher hat Hebbel diesen rohen Stoff einer naiven Zeit gestaltet! Er taucht ihn in das phantastische Kolorit des Wunders und Märchens. Er legt dem Gyges einen Zauberring bei, der die Gabe hat, unsichtbar zu machen, und doch ist das inspirierende Schmuckstück nicht der Träger des Schicksals: „dieses entsteigt einzig der menschlichen Brust." Nur ein seltsam bewegender, mystischer Hauch umwittert uns durch diesen Ring; wir spüren das Walten einer unsichtbaren, unbeugsamen Macht und neigen uns vor ihr in beklemmender Ehrfurcht. In eherner Majestät steigt die Sitte, die „alles bedingt und beherrscht," vor uns auf:

„Die Welt braucht ihren Schlaf wie du und ich
den unsrigen, sie wächst wie wir und stärkt sich,
wenn sie dem Tod verfallen scheint und Toren
zum Spott reizt . . .
rühre nimmer an den Schlaf der Welt."

In eherner Majestät; aber nicht zu blutvollem Leben erwacht. Erkältend und erstarrend legt sich die Reflexion auf das Fühlen und Handeln der drei so edel gedachten Menschen. Der Strom der Leidenschaften und Empfindungen — er wagt unter dem bändigenden Druck des kühl erwägenden Verstandes kaum zu rauschen. Nicht der tragische Gehalt zieht uns so gewaltig in diesem Drama an; die wundersame Poesie ist's, die schimmernd auf dem Ganzen liegt. Wie die Pracht der Verse unser Ohr umfängt! Es ist, als ob wir durch den Glanz einer winterlichen Mondnacht schreiten. Kein quellendes, wärmendes Leben, aber doch voll des Zaubers einer weltfüllenden Schönheit.

Den Kandaules spielte Herr Grube. Das Spiel der großen Gebärde und des tönenden Pathos. Hinsichtlich der Verinnerlichung, der blutvollen Gestaltung der Rolle blieb manches zu wünschen übrig, so sympathische Ansätze sich im zweiten und dritten Akte fanden. Weit überragte ihn der Gyges des Herrn Stahl-Nachbaur. Hier war warm quellende Natürlichkeit, die sich männlich und immer edelvornehm ausgab. Und groß in ihrer verhaltenen Kraft, von Milde und weher Lieblichkeit umflossen erschien auch die Rhodope des Frl. Betke. Sie beide nahmen das Haus gefangen, das sich dankbar über diese Leistungen aussprach. Die Sklavinnen Lesbia und Hero waren durch Frl. Walter und Frl. Tscherning vortrefflich vertreten. Einen würdigen, stimmungsvollen Rahmen hatte Herr Kurtscholz dem Drama geschaffen. Nur hätte die stumme Szene zwischen Gyges und den beiden Dienerinnen am Schluß des ersten Aufzuges, wenn ein Abweichen von der Ortsbestimmung durch den Dichter gutgeheißen werden kann, noch etwas zarter und das Eindringen des Volkes im letzten Akt etwas lebendiger gestaltet werden können. Im.

Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.
Donnerstag, den 22. September.

D. Aeolus ist heute vormittag um 8 Uhr von Kalmar auf hier abgegangen.

D. Luise ist Mittwoch nachmittag von Memel auf hier abgegangen.

D. Irmgard Horn ist am Mittwoch von Riga in Harlingen angekommen.

D. Porthan ist gestern abend von Hangö auf hier abgegangen.

D. Lulea ist gestern nachmittag von Lulea in Neufahrwasser angekommen.

D. Luna ist Mittwoch nachmittag von Rotterdam auf hier abgegangen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Total-Ausverkauf

sämtlicher

Herren- u. Knaben-Konfektion

als:

Herren-Anzüge * Paletots * Joppen * Gummiröcke * Gehrockanzüge * Buckskin- und Arbeiterhosen * Berufskleidung. **Knaben**-Anzüge * Paletots * Pyjacks * Joppen * Sweater * Mützen.

Unser großes Lager muß in kurzer Zeit geräumt werden u. gewähren wir einen Rabatt von

20 bis 50 Prozent.

Es bietet sich die günstigste Gelegenheit, spottbillig und gut einzukaufen. ::

Putzbach & Reimers

Breitestr. 25, Eckhaus Pfaffenstr.

Auf Kredit

Möbel

1 Zimmer Anzahlung 10 M.
2 Zimmer Anzahlung 20 M.
3 Zimmer Anzahlung 30 M.

Anzüge

1 Anzug 20 M., Anzahl. 4 M.
1 Anzug 26 M., Anzahl. 7 M.
1 Anzug 35 M., Anzahl. 9 M.

Damen=

Blusen, Röcke, Kostüme.

Teppiche, Portièren, Tischdecken, Gardinen, Uhren, Spiegel, Bilder, Kinderwagen.
Für Brautleute besonders günstige Bedingungen.

H. Kesten

Holstenstraße 17, I.

Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.

Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Emaill., Vernick. bill. u. gut.
Carl Heynert, Lübeck,
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie **billig** und **reell** bei

Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10.

z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an, Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
Rote Lubeca=Marken.

Schöne Magnum=bonum=Eßkartoffeln hat zu verkaufen
G. Westphal, Rensefeld Nr. 19.

Am Sonnabend

beginnen wieder unsere 95-Pfg.-Tage, welche sich bekanntermaßen eines kolossalen Zuspruches erfreuen. ::

Außerordentlich große Gelegenheitsposten zu vorteilhaftem Einkauf, auch für später.

Markmann & Meyer

Breitestr. 44-46.

F. Meyers Schuhwarenhaus

Hüxterdamm 2.

Großes Lager in **Herren-, Damen- und Kinderfußzeug** in solider Ausführung zu bekannt billigen Preisen. Wasserdichte **Schaft- u. lange Stiefel** (Handarbeit). Posten zurückgesetzter **Schuhwaren,** bedeutend unter Preis.

Rote Rabattmarken oder 4 Prozent in baar.

Alter Marschkäse . . Pfd. 60 Pfg.
Alter Tilsiter Vollfett „ 65 „
Ob. Wahmstr. 10. Hans Wegener.

Oeffentliche

Versammlung

der

Maurer, Zimmerer u. Bauarbeiter in Kücknitz,

am Sonntag, dem 25. September, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Dickelmann.

Der Einberufer.

Gebr. Oldekop

Käsegroßhandlung
Fernruf 1679.

Detail-Verkauf

Hüxstraße 83=85.

Eine große Partie **pikanten Tilsiter Fettkäse** Pfd. **30, 35, 40, 45, 50** Pfg.
Schweizer, saftig, Pfd. **80** Pfg.
Das Allerfeinste in **echten Holländer u. Edamer Käsen** zu den billigsten Preisen.

Holsten-Automat

G. m. b. H. **Holstenstr. 14.**
Warme und kalte Speisen.
Feinste belegte Brötchen 10 Pf.
Helles und dunkles Bier 10 Pf.
Fremden und hiesigem Publikum qestens empfohlen.
Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

Verband der

Fabrikarbeiter Deutschl.

(Distrikt Rensefeld=Schwartau.)

Mitglieder-Versammlung

Sonnabend, 24. Sept.,
abends 8½ Uhr.
im Gasthof Transvaal.

Tages=Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet
Die Distriktsleitung.

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck

Tour nach Mölln-Ratzeburg

am Sonntag, dem 25. Sept.
Abfahrt präzise 8 Uhr morgens von der Mühlentorbrücke.
Treffen in Mölln mit den Hamburger Genossen.
Um recht zahlreiche Beteiligung an dieser Tour bittet
Fahrwart III. Der Vorstand.

Hansa-Theater

„Die Sensation der Saison".
Der
Graf von Monte Christo,
nach **Alexander Dumas,** bearbeitet v. **Adolf Steinmann,**
mit glänzenden
Dekorationen,
Kostümen und Ausstattung.
Beginn des Konzerts 8 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8¼ Uhr.
Vorverkauf bei **Sager.**

Stadthallentheater.

Sonntag, 25. Septbr. 7½ Uhr.
Der Raub d. Sabinerinnen.
Schwank von Schönthan.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel,** Markt 14, und **Roß,** Kohlmarkt 13. **Dutzendkarten ebendaselbst.**

Neues Stadttheater.

Sonnabend, 24. Septbr. 7½ Uhr.
Voll=Ab. 8. Sonnabend=Ab. 2.
Don Juan.
Große Oper von Mozart.
Sonntag, 25. September. 7½ Uhr.
Zum 1. Male! Neu!
Die Förster-Christl.
Operette von Georg Jarno.

Mißraten ausgeschlossen

beim Backen mit Hansa-Backpulver!

Gratis: 1 Dose ff. Cakes für 50 Hansa-Bons.
Nährmittelfabrik „Hansa", Hamburg.

Die Gratis-Cakesdosen können bei unserem dortigen Vertreter **Hans Wilms, 1. Wallstraße 15,** in Empfang genommen werden.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 223. Freitag, den 23. September 1910. 17. Jahrg.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Magdeburg.

Magdeburg, den 21 Sept. 1910.

8. Verhandlungstag (Nachmittags-Sitzung.)

Den Vorsitz führt Dietz. In der fortgesetzten

Budgetdebatte

erhält das Wort

Karl Liebknecht: Ich bin ein Gegner jeder taktischen Engherzigkeit und Engbrüstigkeit, ein Anhänger der unbegrenzten taktischen Möglichkeiten, nach rechts und nach meinem Herzen noch mehr nach links. Wir betrachten auch Süddeutschland als eine Art Dorado und berufen uns gern auf das dortige Vorbild. Aber wenn in den freieren Ländern die Begeisterung für das Bestehende entsprechend der größeren Freiheit steigt, was soll dann in England und Frankreich geschehen? Mancher zog umgekehrt wie in der Bibel aus, ein Königreich zu finden und fand nur einen Esel. (Heiterkeit.) Wenn wir von kleinen Konzessionen reden, so setzen wir sie nicht herab, sondern messen sie an unseren großen Zielen. Wir Radikalen sind die echten Reformisten, die realpolitischen Reformisten. Wir wollen nicht, daß durch Geheimnistuerei und Diplomatistererei einiger Parlamentarier die Massen irregeführt und damit die Quellen unserer Macht verschüttet werden. (Lebh. Beifall.) Die künftige Entwicklung Deutschlands liegt nicht im badischen Muster, sondern eher in der Verschärfung nach Preußens Muster. Deshalb wollen wir nicht noch eine Studienkommission einsetzen, die Budgetsache hängt uns schon zum Halse heraus. Wenn Bayerns Etatgesetz so merkwürdig ist, kann man es ja im praktischen Notfall durch Interpretierung der Nürnberger Resolution berücksichtigen. (Hört, hört! bei den Süddeutschen.) Aber die Budgetfrage ist garnicht das Entscheidende, sondern der Disziplinbruch und das Gefühl der Empörung darüber. (Lebh. Beifall.) Diese entscheidende Frage läßt sich nicht aus der Diskussion ausschalten. Die Badener haben die Gesamtpartei brüskiert. Sie haben den Disziplinbruch lange systematisch, in voller Voraussicht der Konsequenzen vorbereitet, in einem Augenblick, in dem die Chancen so günstig waren, wie nie, der Partei Knüppel zwischen die Beine geworfen. (Stürmischer Beifall.) Ein solcher Verstoß gegen die Parteidisziplin ist noch nie dagewesen. (Sehr wahr!) Unsere Disziplin ist frei, aber fest, ja die festeste Disziplin, die es überhaupt gibt. (Lebh. Beifall.) Bedenken Sie die ungeheure Gefahr, in der die Partei steht. Wir sind der Disziplin, der Geschichte, der Tradition der Partei schuldig, uns nicht mehr mit bloßen Resolutionen zu begnügen. Denn wer würde sich dann künftig noch den Parteitagsbeschlüssen fügen, wer würde nicht darüber lachen? Wir wollen die Badener nicht beleidigen, wir wollen ihnen nur erklären, daß eine Wiederholung solcher Verstöße unbedingt verhindert werden muß. Wir müssen das umso mehr, als schon ziemlich offen die Absicht ausgesprochen worden ist, wenn man aus Magdeburg herauskommt, wieder zu tun, was man will. Das ist unerträglich; ich habe sozusagen die Disziplin mit der Muttermilch eingesogen, daß die Parteidisziplin das wichtigste ist. Nur die Disziplin ist die Mutter der Siege. (Stürmischer Beifall.) So habe ich es in meines Vaters Haus fast täglich gehört. Und jetzt hören wir für den schwersten Disziplinbruch, der denkbar ist, nicht ein Wort der Entschuldigung. Da müssen wir für die Zukunft ein Pentagramma aufzeichnen. (Lebh. Beifall und Unruhe.) Wir stehen in Preußen vor dem schwersten Kampf der Sozialdemokratie, der persönliche und sachliche Konsequenzen haben wird, die sich nicht absehen lassen, die wir aber nicht scheuen. (Stürmischer Beifall.) Vom Ausgang dieses Kampfes hängt die Zukunft Deutschlands ab. Sie können uns viel helfen, aber nur, wenn Sie die Einigkeit der Partei sichern. (Stürm. Beifall.)

Südekum: Liebknecht selbst hat die Notwendigkeit anerkennen müssen, den Nürnberger Beschluß zu interpretieren und womöglich zu durchbrechen. Ist das nicht die beste Begründung für die Notwendigkeit einer Studienkommission? Aber sie wollen ihre Ruhe haben wie der Berliner Stadtkommandant: der König hat eine Bataille verloren, jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht. (Unruhe.) (Zuruf Ledebours: Brunnenvergiftung!) Ach Ledebour, ich kenne Sie ja. (Zuruf Ledebour; Reden Sie doch in Nürnberg so!) Das kommt auch noch. Aber jetzt frage ich, was nach Aufrichtung des Galgens, nach Annahme der Resolution Zubeil geschehen soll. (Zuruf: Na, was denn!) Dann wird als erster Bebel die Fahne der Rebellion erheben und erheben müssen. (Unruhe.) Und die süddeutschen Genossen haben geradezu die heilige Pflicht, diese Frage nicht einschlafen zu lassen. Ist doch dieser Parteitag schon unter einem Ausnahmegesetz gewählt worden. (Große Unruhe.) Wann sonst sind denn Delegierte mit gebundenem Mandat hergeschickt worden, damit sie sich nicht umstimmen lassen. (Zurufe: Baden! Baden!) Wenn die Resolution Zubeil einmal angewendet wird, dann muß das auch den übrigen bleibenden Teil der Partei aufs schwerste erschüttern. Auch ein großer Teil der norddeutschen Delegierten steht sachlich auf dem Standpunkt der Süddeutschen. (Rufe: Wo denn, wo denn?) Was Sie wollen, ist nicht die Einheit, sondern die Kleinheit der Partei. Eure Stellung ist der Ausfluß der Katastrophen-Theorie, die bei den Radikalen eine große Rolle spielt. Aber diese Theorie ist ein Gift für jede Partei, ein Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften zerstörendes Element. Jetzt will man die Katastrophen-Theorie auch auf die inneren Parteiverhältnisse anwenden. Auch da glauben Sie nur noch mit Gewalt vorwärts zu kommen. Aber das ist die Katastrophe der Katastrophentheorie. Sie geht zugrunde an ihrer inneren Unwahrhaftigkeit. (Anhaltende Unruhe während der ganzen Rede.) Man spricht den Badenern das Recht ab, für das Budget zu stimmen, weil es doch angenommen würde. Ist das nicht unwahr? Das ist Pseudoradikalismus, ist Wortrevolutionarismus. Liebknecht hat gesagt, drüben säßen die eigentlichen Revisionisten. Gewiß, aber bei uns sitzen dann auch die eigentlichen Radikalen. (Große Heiterkeit.) Fortwährend spricht die Resolution vom Klassenstaat. Aber Marx hat uns gelehrt, nie, nie bloß Worte zu gebrauchen, sondern dahinter den Sinn zu suchen. Die Klassenstaaten sind sehr verschieden, und es ist primitivste liberale Phraseologie, sie alle gleich zu behandeln. Ich kann nicht wie Liebknecht Tote aus dem Grabe zitieren und nicht auf die Sentimentalität der Zuhörer wirken wie Liebknecht. Aber ich sage: Männer, nicht Maßregeln. Wir brauchen aufrechte Männer. (Ironischer Beifall bei der Mehrheit) getragen vom Vertrauen und der Liebe ihrer Wähler. Und übersehen Sie nicht, daß die badischen Wähler in ihrer großen Mehrheit hinter ihren Abgeordneten stehen. Der Antrag Zubeil wird schon infolge seiner technischen Unmöglichkeit der Lächerlichkeit verfallen. (Lebh. Beifall und Widerspruch.)

Westmeyer-Stuttgart: Ich habe im Namen des 1., 2., 4., 5. und 10. württembergischen Wahlkreises zu erklären, daß wir dem Antrag der Parteileitung zustimmen. Es sind die bestorganisierten Kreise, die Wahlkreise der Genossen Hildenbrand, Heymann, Keil usw. (Stürmischer Beifall.) Nicht wir kamen mit gebundenen Mandaten hierher, sondern die Befürworter der Budgetbewilligung, Wasner und Knappe. (Hört, hört!) Gewiß ist die Budgetabstimmung bloß eine armselige Abstimmung, aber in ihr enthalten ist die ganze Stellungnahme des Prinzips gegen den Klassenstaat. (Lebh. Beifall.) Es ist ein Zeichen dafür, ob wir in unserer alten prinzipiellen Auffassung schärfster Opposition bleiben oder uns anpassen sollen. Der alte Demokrat Robert Blum hat mit Recht gesagt, vormittags mit dem Minister speisen und nachmittags grundsätzliche Opposition treiben, das verträgt sich nicht miteinander! (Schallender Beifall.) Unsere württembergischen Abgeordneten sind ja auch liebwerte Gäste am Königshof. (Heiterkeit und Beifall.) Budgetbewilligung, Hofgängerei und Ministeressen stammen also alle aus einer Wurzel. Die Parlamentarier sind sehr nützlich, wenn sie Vollstrecker des Volkswillens sind. Wir wollen aus ihnen keine Marionetten machen, wollen sie nicht knebeln, aber wir wollen sie in innigsten Kontakt bringen mit dem Willen der Gesamtpartei. (Lebhafter Beifall.) Die Budgetanhänger haben aber auch bei uns nicht die Mehrheit, die steht hinter uns. (Widerspruch.) Ja warum kommen denn Ihre Anhänger nicht in die Versammlungen? (Hildenbrand: Weil ihnen Ihre Kampfesweise zu gemein ist!) Ihre Kampfesweise kenne ich auch und danke dafür. Soviel Rücksicht, wie Sie bewiesen haben, als Sie zum Ministeressen gingen, sind Sie der Partei auch schuldig. (Lebhafter Beifall. Große Unruhe. Zurufe: Feine Argumente!) Wir wollen nur nicht, daß die Abgeordneten die Axt an die Wurzeln der Macht der Partei, an die Disziplin legen. (Stürm. Beifall.) Denn dann würden mit den Organisationen auch die Mandate fortgeschwemmt. In der badischen Budgetbewilligung hat selbst Keil die „demonstrative Spitze gegen die Gesamtpartei" entdeckt. Jetzt macht man uns mit der Mainlinie graulig. (Stürmische Zurufe: Wer? Von wem?) Sie haben es genau so gelesen wie ich. (Laute Unterbrechungen: Namen nennen!) Sie wissen selbst, daß davon geschrieben wurde, auch wenn ich es nicht gerade bei mir habe. (Lautes Lachen. Rufe: Ruhe! Ruhe!) Wenn infolge der Stellung eines Teils der süddeutschen Landtagsabgeordneten die Frage an uns herantreten sollte nach der Einheit der Partei, so würde die Arbeiterschaft einig bleiben. (Stürmischer Beifall.) Darüber ist für mich kein Zweifel. (Erneuter Beifall.) Die Einigkeit der Partei könnte nur auseinandergehen, wenn der Parteitag nicht den Mut und die Kraft fände, diese Einigkeit mit aller Kraft zu wahren. (Stürmischer Beifall.) Wir, die wir im Süden für die Einheit der Partei in Prinzip und Taktik kämpfen, haben das Recht zu verlangen, daß der Parteitag mit aller Entschiedenheit die Hochhaltung seiner Beschlüsse von jedermann verlangt. (Stürm. Beif.) Mit Resolutionen wird man die Bewegung gegen die Parteitagsbeschlüsse allerdings nicht totschlagen, aber von unten her wird dagegen Front gemacht werden und dazu soll uns Ihr klarer unzweideutiger Beschluß helfen. (Stürmischer Beifall und Widerspruch.)

Zur Geschäftsordnung beantragt Ryssel-Leipzig Schluß der Debatte. Sachlich sei die Frage erschöpft und eine weitere persönliche Verschärfung unangebracht.

Auer-München widerspricht. Erst müsse man noch Severing hören, denn ein Gegner der badischen Genossen habe die Debatte begonnen und ein Freund müsse sie schließen.

Der Antrag auf Debattenschluß wird angenommen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Hug-Bant, daß er durch Debattenschluß verhindert worden sei, auszuführen, daß er mit den süddeutschen Abgeordneten einverstanden sei. (Unruhe.)

Persönlich bemerkt Stadthagen, daß er allerdings von einem hündischen Benehmen gesprochen habe, aber dabei nur an das Wort Bambergers gedacht habe: Hunde sind wir ja doch. Im übrigen wolle er auf Wunsch statt hündisch ganz gern nationalliberal oder kompliziert sagen. (Heiterkeit.)

Wasner-Stuttgart und Knapper-Heilbronn erklären, daß sie kein gebundenes Mandat hätten.

Kühn-Dresden stellt fest, daß die Dresdener Stadtverordneten in den letzten zwei Jahren gegen den Polizeietat gestimmt haben und daß eine Gesamtabstimmung überhaupt nicht stattfindet. Gegenüber den Ausführungen des Genossen Riem stellt er fest, daß er sich mit der Mehrheit der Dresdener Genossen nicht decke.

Das Schlußwort erhält

Bebel: Ich muß mich zunächst gegen eine persönliche Bemerkung des Genossen Peus wenden. Er hat in seinem Blatte schon früher oft Dinge geschrieben, bei denen ich von Parteivorstands wegen eingreifen wollte, aber Auer hat mich

---

Unter dem Äquator.

Javanisches Sittenbild von Friedrich Gerstäcker.

100. Fortsetzung.

Alle jene Malayen nämlich, die auf Java nachts den Dienst als Wächter haben, sind mit einer so einfachen wie zweckmäßigen Waffe versehen, Verbrecher oder unnütze Nachtschwärmer einzufangen. Statt der albernen oder nutzlosen Lanze oder Hellebarde aber, mit denen die europäischen Nachtwächter noch größtenteils bewehrt sind, führen sie eine sogenannte Fanggabel mit einem langen Stiel und einer in Gabelform geflochtenen dornigen Bambusart. Die Stacheln des Dorns sind dabei so eingelegt, daß sie sämtlich zurückstehen und der Wächter hat also nur die Gabel so zu stoßen, daß er einen Arm, ein Bein oder am besten den Hals des Verfolgten hineinbringt, der dann rettungslos darin festsitzt, bis der Bambus mit Gewalt wieder auseinander gebogen wird, um ihn frei zu lassen.

In einer solchen Gabel lag Herr Heffken, denn der ihm nachspringende Malaye hatte eben noch Zeit gehabt, sie nach seinem Hals zu stoßen. Heffken wußte aber nur zu gut, in welch' erbarmungslosen Fängen er hing, aus denen an ein Losreißen nicht zu denken war; ja er fürchtete, daß der braune Wächter nur ein klein wenig fester anziehen würde, und wie die spitzen Dornen dann in sein Fleisch drangen, fühlte er schon. Die Malayen kannten aber selber die gefährliche Eigenschaft gut genug, und während der Bursche, der die Gabel hielt, ruhig und unbeweglich stehen blieb, sprangen vier oder fünf andere rasch auf die Hecke hinauf, banden vor allen Dingen Herrn Hefftkens Füße zusammen, und erlösten ihn dann nicht ohne Mühe aus der Stachelklammer, in der er festsaß. Wenige Minuten später fand sich der ertappte Buchhalter mit auf den Rücken geschnürten Armen in der Gewalt seiner Hüter und dem Mann gegenüber, den er vielleicht am meisten auf der ganzen Insel fürchtete: Herrn Lockhaart.

Der Hof war indessen von zehn oder zwölf Bambusfackeln fast zur Tageshelle erleuchtet, und Herr Nitschke, der fühlte, daß es für die Europäer eben keinen guten Eindruck auf die Malayen machen könne, einen des gefürchteten Geschlechts der Weißen in diesem Zustand in ihren Händen zu sehen, beorderte rasch den schon von Lockhaart bereit gehaltenen Wagen, um den Verbrecher in das seiner wartende Gefängnis abzuliefern. Lockhaart stand mit untergeschlagenen Armen vor dem Buchhalter. Dieser aber, halb in Scheu, halb in Trotz und Wut, sah wild zu ihm auf und rief mit vor Angst und Ingrimm fast erstickter Stimme:

„Herr! Das sollen Sie mir büßen. Ist das — ist das eine Behandlung für einen Holländer auf dieser Insel?"

„Schande und Schmach, daß Sie ein Holländer sind!" sagte aber Lockhaart ruhig. — „übrigens mögen Sie am besten beurteilen, inwiefern Sie gerecht oder ungerecht behandelt werden, wenn ich Ihnen sage, daß Ihr Kommis und Helfershelfer Joost alles gestanden hat und der Javane Klapa in unseren Händen ist."

„Das ist — das ist eine Lüge!" stammelte Heffken, der bei den Worten totenbleich geworden war.

Lockhaart wandte sich verächtlich von ihm ab, und auf sein Zeichen faßten ihn die Malayen und hoben ihn in den Wagen; ein paar Polizeibeamte setzten sich zu ihm und fort rollte das leichte Geschirr zum Gartentor hinaus, seiner Bestimmung zu.

51.

Am nächsten Morgen ging das holländische Schiff, die Brigitta, unter Segel. Auf 11 Uhr früh war die Abfahrt angesetzt, und um 10 Uhr sollte Horbach, der einzige Passagier des Fahrzeugs, an Bord sein. Es war Sonntag, und Herr Nitschke brauchte deshalb nicht die Erlaubnis seines Prinzipals nachzusuchen, den Freund wenigstens bis zum Strande zu begleiten. Van Roeken hatte übrigens noch am vorigen Abend eine lange und geheime Unterredung mit Horbach gehabt, in die zuletzt auch das eine malayische Mädchen mit hineingezogen wurde; dann war er hinüber zu Keurhuis und Bylderheer in die beabsichtigte Gesellschaft gefahren, wohin er die Neuigkeit von Hefftkens Verhaftung und damit die ganze Gesellschaft fast in Aufruhr brachte, denn Heffken war eine zu allgemein bekannte und eigentlich auch gefürchtete Persönlichkeit gewesen. Als er morgens zwischen drei oder vier Uhr heimkam, wartete Madam übrigens nicht auf ihn. Ihre Zimmer lagen still und dunkel, und van Roeken ging in seine Arbeitsstube, wo er bis Tagesanbruch beschäftigt war, Briefe zu schreiben.

Als Horbach zu dieser Zeit herunterkam, um Abschied von ihm zu nehmen und an Bord zu gehen, befahl van Roeken, ganz gegen seine sonstige Gewohnheit, das Frühstück und die beiden Männer saßen zwei volle Stunden hinter ein paar Flaschen schweren Weines, die heute statt Kaffees dienen mußten. Horbach spürte auch schon ihre Wirkung im Kopf; er wurde sehr heiter und schien sich außerordentlich wenig aus der Trennung von Java zu machen. Van Roeken dagegen blieb, obgleich er viel mehr als Horbach getrunken hatte, kalt wie Eis, übergab dem Scheidenden noch ein Paket Briefe für den Kapitän, die dieser in der Kapstadt lassen sollte und schloß sich dann in seine Stube ein, um ein paar Stunden zu schlafen.

Horbach indessen traf noch auf dem Wege nach dem Zollhaus, an welchem Ort er Nitschke finden sollte — ein paar gute Freunde, mit denen er bei einem der Schiffsmakler einkehrte, das begonnene Frühstück fortzusetzen.

Nitschke konnte unter der Zeit das seiner harrende Schiffsboot kaum noch bewegen, so lange zu warten, bis Horbach endlich eintraf; dieser aber war so betrunken, daß er ohne irgend welchen Abschied in das Boot taumelte und, am Schiff angelangt, an Bord gehißt werden mußte. Glücklicherweise hatte er seine sämtlichen Effekten schon am Tage vorher auf die Brigitta schaffen lassen und dort trugen ihn Matrosen in seine Kabine und ließen ihn den Rausch ausschlafen. Das war sein Abschied von Java.

Eine volle Woche dauerte es indessen, bis das Verhör gegen Heffken beginnen konnte, denn so langweilig und zeitraubend die Gerichte auch bei uns verfahren mögen, so viel bequemer machen sie es sich noch in der heißen Zone, wo die Geschäftsstunden überdies auf ein Minimum reduziert werden. Es ist dies auch sehr erklärlich und wir Deutschen können uns davon einen vortrefflichen Begriff machen, wenn wir uns einen im alten Schlendrian und beim Kanzleistil aufgezogenen Assessor denken, der bei 28° Reaumur im Schatten irgend eine Arbeit vornehmen sollte. Joost aber erleichterte durch seine direkten Aussagen das Verfahren ungemein. Die Regierung hatte ihm nämlich die Zusage bestätigt, die ihm schon Lockhaart oben in Bandong gemacht, denn es lag ihr besonders daran, dem Urheber der in letzter Zeit so häufig verübten und schlauen Betrügereien auf die Spur zu kommen. Dabei konnte sie recht gut einen doch nur untergeordneten Helfershelfer, wie Joost, durch die Finger schlüpfen lassen. Joost suchte sich denn auch dieser Gnade würdig zu machen und brachte solche überzeugende Beweise von Hefftkens verschiedenen Verbrechen, daß dessen Schuld schon nach den ersten Verhören vollständig erwiesen war. In diesen Enthüllungen wurde auch Klapa in mancher Hinsicht bloßgestellt, da der Javane in die meisten Unternehmungen Hefftkens verwickelt schien. Bei den späteren Verhören glaubte dann Klapa, der Hefftkens Verhaftung kannte, nicht anders, als daß ihn dieser selber verraten habe und zögerte nun auch seinerseits nicht, sämtliche Unterschlagungen, die der Buchhalter seit einer längeren Reihe von Jahren an den Regierungs-Prauen verübt, ans Licht und die Beweise dafür zu bringen. —

(Fortsetzung folgt.)

immer wieder beschwichtigt. 1903 hat er sich im Wahlkampfe dann sehr korrekt benommen. Ich habe selbst in Dessau gesprochen, weil ich im Wahlkampfe nicht frage, ob jemand Revisionist oder radikal ist. (Sehr gut!) Nach den Wahlen hat er wieder seine seltsame Haltung fortgesetzt, bis jetzt zu seiner Kandidatenrede, die wieder sehr gut war. In seinem Blatt lese ich z. B.: „Nur Sozialdemokratie und demokratische Vereinigung nehmen alle Interessen der Lohnarbeiter wahr". Ich habe vor Breitscheid allen Respekt. Er hat über Budgetbewilligung und Flottenpolitik Bemerkungen gemacht, die ich lieber in der Parteipresse gelesen hätte, denn ich muß zu unserer Schande gestehen, daß es das erstemal seit 47 Jahren ist, daß eine bürgerliche Partei uns hat Vorhaltungen machen können, daß wir die Grundbegriffe der bürgerlichen Demokratie nicht verständen. Ich sage also, es ist sehr wünschenswert, daß wir den Brandenburger Wahlkreis wieder erobern, aber es muß nicht gerade Peus sein. (Stürm. Beifall und Unruhe. Südekum ruft: Sie machen ja im Wahlkampf keinen Unterschied!) Ich wiederhole, was ich gesagt habe. (Frank: Aber! Aber!) Ihr habt Euch eben noch immer nicht an den Bebel gewöhnt. (Zurufe: Sie nicht an uns!) Ihr müßt erst andere Saiten aufziehen, ehe ich mich an Euch gewöhne. Jedenfalls laß ich mir auch aus Rücksicht auf die Gegner keinen moralischen Maulkorb umbinden. Sorgen Sie durch Ihre Handlungen dafür, daß wir zu solcher Kritik keinen Anlaß haben. (Lebh. Beifall.) Es ist gesagt worden, daß die Verhandlung garnichts Neues geboten hätte. Es ist natürlich schwer, in einer Frage, die wir seit 16 Jahren erörtern, etwas Neues zu sagen. Aber ich war erstaunt, daß Frank keine besseren Gründe hatte. Die Gründe, die er vorgebracht hat, haben wir schon in Nürnberg verworfen. Die Errungenschaften in Baden haben den Genossen Riem ja zu dem begeisterten Ausruf veranlaßt: Wenn wir das nur in Sachsen hätten! Gewiß geht es im Süden menschlicher zu, auch politische Gegner verkehren miteinander. Aber darin liegt gerade die Gefahr größerer Nachgiebigkeit. Alle Konzessionen, die in Baden erreicht sind, liegen in den Grenzen dessen, was Nationalliberale bewilligen können. Große Errungenschaften sind das für Sozialdemokraten nicht. (Südekum ruft: Haben Sie nicht selbst das sächsische Budget bewilligt?) Nein, niemals. Ich habe damals die Minister in einer beispiellosen Weise herunter geholt. Aber selbst wenn es damals geschehen wäre, dürfte es heute nicht mehr vorkommen. Die furchtbare Übertreibung der badischen Errungenschaften ist gerade nationalliberale Politik. Bei dem fortwährenden parlamentarischen Verhandeln werden die Gegensätze vertuscht und abgeschliffen, schließlich auch in der Parteipresse und den Parteiversammlungen. Darin liegt die große Gefahr der allgemeinen Versumpfung. (Stürm. Beifall.) Daß die große Mehrheit der badischen Genossen hinter ihren Abgeordneten steht, wundert mich angesichts der Haltung ihrer Parteiblätter nicht. An sich sind natürlich die Konzessionen, die wir für die Arbeiterklasse erreichen, nicht klein, sondern ungeheuer wichtig. Aber im Gegensatz zu der großen Umgestaltung, die wir erstreben, ist es natürlich wenig. Wenn aber selbst Marx 1847 den Zehnstundentag als eine Revolution bezeichnet hat, so geht daraus hervor, wie hoch wir die praktische Arbeit schätzen. Ich bedauere, daß das umfassende Werk, welches unsere positive Tätigkeit im Reichstage zusammenstellt, noch immer nicht fertig ist. Wäre es fertig, so dürfte niemand mehr von Negation reden. Wir haben 1892 z. B. den russischen Handelsvertrag gerettet. Damit haben wir anscheinend für Getreidezölle gestimmt, aber wir haben wenigstens eine Herabsetzung von 5 Mk. auf 3,50 Mk. erreicht. Wir haben bei jedem Gesetz das höchste Maß von Konzessionen für die Arbeiterklasse herauszuschlagen gesucht, und uns bei der Schlußabstimmung gefragt, ob das Maß der Konzessionen groß genug ist, daß wir dafür stimmen können. Bei praktischen Fragen im Reichstag hat die Frage Revisionismus oder Radikalismus gar keine Rolle gespielt. (Allgemeine Zustimmung.) Frank hat gemeint, ich sei mit meinem Kaiserkandidaten Prinz Ludwig hereingefallen. Daß der gut katholisch ist, habe ich vorher gewußt. Aber ich weiß nicht, ob das Glaubensbekenntnis von Altötting oder von der Marienburg vernünftiger ist, wenn von Vernunft dabei die Rede sein kann. (Heiterkeit.) Die Erziehung unserer Prinzen im fortschrittlichen Sinne läßt ja viel zu wünschen übrig und wir wollen deshalb überhaupt weder Fürsten noch Prinzen. Aber wenn wir unter den Fürsten einen Kaiser zu wählen hätten — wenn auch andere in Betracht kämen, würde ich natürlich als Kandidat auftreten (Schallende Heiterkeit), ich weiß ja, daß Radikale und Revisionisten auf meiner Seite wären (Stürm. Beifall) — so würde ich doch den Prinzen Ludwig noch heute viel lieber wählen als einen Hohenzollern. (Beifall.) Wir sind also doch einig, daß wir es auch so machen. Aber wegen der badischen Errungenschaften brauchten und durften die Genossen nicht für das Budget stimmen. Das Schwanken der badischen Genossen gibt der Sache doch einen furchtbar komischen Anstrich. Sie haben tatsächlich nach der Gelegenheit gegirrt, für das Budget zu stimmen. (Beifall). Sonst wäre ja ihre Haltung gar nicht zu erklären. (Lebh. Beifall.) So benehmen sich nicht rückgratsteife Männer, das ist eine Fügsamkeit der Anschauungen und Grundsätze, die ich bekämpfen werde, solange ich atmen und sprechen kann. (Stürm. Beifall.) Das ist kein Standpunkt, der sich für Sozialdemokraten schickt, die müssen noch ein stärkeres Rückgrat haben als andere Männer. Wenn Sie anders gehandelt hätten, wäre kein Schaden entstanden. Von 1901 bis 1908 sind wir mit der Budgetverweigerung gut ausgekommen. Kolb hat allerdings gemeint, daß auch die Frage der Beteiligung an der Regierung aktuell werden könnte. (Zuruf: In parlamentarischen Staaten!) Natürlich ist dergleichen auch im Musterlande Baden unmöglich. Wenn einer hofft, daß bei der Budgetbewilligung etwas herausschaut, so täuscht er sich verflucht. An Instinkt und Wahrung der Klasseninteressen sind die Gegner noch immer klüger und fester als wir. Auch in Dänemark werden unsere Genossen in kein bürgerliches Ministerium eintreten. Dabei gibt es dort noch Demokraten, während unsere sogenannte Volkspartei schon längst keine Grundsätze mehr hat. (Lebh. Beifall.) Die französischen Genossen haben stets gegen das Budget gestimmt, ebenso die Österreicher. England hat total andere Verhältnisse, hat heute noch keine starke sozialdemokratische Partei. (Hört, hört!) Einst waren die englischen Trades Unions die Preisfechter des europäischen Proletariats. Von 1871 an hat Marx der deutschen Sozialdemokratie die Pflicht zugewiesen, führend voranzugehen. Das haben wir getan und werden es weiter tun, wenn wir vernünftig bleiben. Im übrigen haben wir das größte Interesse daran, daß das englische Proletariat Hand in Hand mit uns marschiert. (Stürmischer Beifall.) Die württembergischen Landtagsabgeordneten haben sich auch für die Badener erklärt. Aber sie selbst sind mit der Budgetverweigerung sehr gut gefahren. Man darf doch die Rolle der einzelstaatlichen Regierungen im Reiche nicht vergessen. Schon wegen ihrer Zustimmung zu allen Rüstungsausgaben und den Steuern müssen wir gegen das Budget stimmen. Manche Genossen verkennen die ungeheure Erbitterung im Volke über die kolossale Mißwirtschaft im Reiche. Daran sind alle Regierungen so schuld wie die preußische, weil sie nicht den Mut hatten, sie zu hindern. Aus dieser Erbitterung des Volkes stammen die scharfen Worte aus der Debatte. Das Volk kann es garnicht begreifen, daß man noch Regierungen unterstützt, die es lieber heute als morgen beseitigen möchte. Ein Teil unserer Führer versteht und weiß nicht mehr, was die Masse zu leiden hat. (Stürm. Beifall.) Sie haben sich den Massen zu sehr entfremdet. (Zuruf: Jetzt kommen die gehobenen Lebensstellungen.) Es könnte Ihnen gehen wie den törichten Jungfrauen, daß sie im gegebenen Moment für den Heiland kein Öl auf der Lampe haben. An eine Spaltung der Partei denkt kein Mensch. Als junger Mann habe ich neun Jahre lang für die Einheit der Partei gekämpft, und kein Mensch wird mir zutrauen, daß ich in meinen alten Tagen etwas tun würde, wodurch die Partei gespalten werden könnte. Wenn einzelne unter uns so tollkühn sein würden, daran zu denken, so sehe ich dem Moment sehr ruhig entgegen. Die Spaltung kommt nicht, da machen die Massen nicht mit. (Stürmischer Beifall.) In ein paar Monaten hätten wir sie wieder in unseren Armen. Schon hat Süddeutschland erheblich geschwankt. Bayern ist überwiegend gegen die Budgetbewilligung, Württemberg auch und Essen hat eine starke Minderheit. Ich mache mich anheischig, auch in Baden eine ganz andere Stimmung hervorzurufen, wenn es nötig ist. Die badischen Proletarier müßten ja nicht Proletarier sein, wenn wir sie nicht zu unserer Meinung bringen könnten. (Frank: Wir kommen auch nach Berlin!) Aber nicht mit dem Budget, das möchte schlecht gehen, lieber Frank. (Heiterkeit.) Die Abstimmung der Fraktion über das Reichsbudget vollzieht sich nicht unter so großer Unaufmerksamkeit, wie man es behauptet hat. Natürlich geht es im Reichstag oft formlos her, man sitzt nicht wie in einer Kirche, aber bei der Schlußabstimmung ist alles zur Stelle, und das ist ein feierlicher Akt. Das macht auch auf die Gegner Eindruck und die bürgerliche Presse würde jubeln, wenn wir im Reichstag für das Budget stimmen würden. (Zuruf: Wer will denn das?) Natürlich niemand. Die Sozialdemokratie kann überhaupt nicht korrumpiert, nicht ins bürgerliche Lager geführt werden. Die Sorge raubt mir keine Sekunde den ruhigen Schlaf. Von Lassalle unterschreibe ich noch heute jedes Wort in seinen Reden über Verfassungswesen. Die Partei sollte diese Reden auswendig lernen; aber wenn Genosse Heilmann sich auf Lassalle als Revisionisten beruft, so würde der ihm gehörig in die Haare fahren, wenn er noch lebte. (Heiterkeit.) Die Internationale hat durch die Annahme der Amsterdamer Resolution die Budgetverweigerung allen sozialdemokratischen Parteien zur Pflicht gemacht. In Gemeinden und Landräten liegt das anders. Die haben keine selbständige Stellung. Wenn Quessel gesagt hat, die Hessen würden doch einmal für das Budget stimmen, so mag er ruhig drohen, uns kommt es nur auf die Handlungen an, und dann werden wir wissen, was wir zu tun haben. Genosse David knüpfte große Illusionen an die Liberalen, aber wo haben wir denn wirklich liberale Leute? Wenn wir bei den nächsten Wahlen einen solchen Sieg erfechten wie 1903, laufen sie wieder mit schlotternden Knien und bleichen Gesichtern umher und sind zu allem fähig. Die scharfsinnigen staatswissenschaftlichen Ausführungen Müllers gehen vollkommen fehl. Die Bayern haben ja gegen das Budget gestimmt. Im übrigen mögen sie für das Studium der bayerischen Staatsverfassung nur ruhig selbst eine Kommission einsetzen. Wir können uns nicht der ganzen Welt zum Spott machen und nach 5 Parteitagsbeschlüssen erst zu studieren anfangen. (Lebh. Beif.) Dieses Attentat auf die Ruhe des Parteivorstands lassen wir uns nicht gefallen. Machen Sie die Dinge nur für sich fertig, uns paßt das nicht in den Kram. (Heiterk. Zuruf Davids.) Wenn Sie studieren, Genosse David, können Sie keine anderen Geschichten machen. (Gr. Heiterkeit.) Natürlich wollen wir eine Mehrheit gegen die Lebensmittelzölle zustande bringen, aber die Nationalliberalen sind ja die Väter des Zolltarifs, haben 1902 im Reichstage alle Gewaltakte gegen uns verübt, um ihn durchzubringen. Selbst die Freisinnigen sind heute schon unzuverlässig. Die Liberalen werden nichts gegen die Junker tun, die ihnen die Gesellschaft schützen sollen. Das hat selbst v. Siemens, der freisinnige Direktor der Deutschen Bank, ganz offen erklärt. Die Junker sind die kommandierenden Generäle der Armee, die auf Vater und Mutter schießen sollen, wenn es befohlen wird, zur Rettung von Thron, Altar und Geldsack. David ist ein ganz gescheiter Kerl, aber das hat er sich nicht richtig überlegt. Wenn wir nicht durch den Volkszorn selbst die Mehrheit erobern, und das glaubt ja kein Mensch, werden wir die Zölle nicht abschaffen können. Bei diesem Entscheidungskampfe möchte ich noch dabei sein, denn alles bisher waren ja nur Vorpostengefechte, Kleinigkeiten. Aber wir werden vielleicht viel eher warten müssen, als wir angenommen haben. (Lebh. Beifall.) Ich will dann aus der Debatte noch auf die Äußerung Zubeils zurückkommen, die sich auf die Mittel zur Arbeit bezog. Wir alle im Parteivorstand bedauern diese Bemerkung außerordentlich. Da zu haben wir ja das Geld, daß wir es hergeben, wenn es nötig ist. (Lebh. Beifall.) Ich kann mir und meinen Kollegen das Zeugnis geben, daß wir niemals einen Unterschied zwischen Revisionisten und Radikalen gemacht haben. Auch nicht bei der „Münchener Post". Unabhängig sind alle Parteiblätter, wir haben nie in ihre Freiheit eingegriffen. Aber es ist manches in der Parteipresse geschehen, was ich nicht für möglich gehalten hätte. (Lebh. Beifall. Zurufe: „Vorwärts"-Konflikt!) Manche Parteiblätter berichten über Parteistreitigkeiten ganz unobjektiv. Grillenbergers Ehre habe ich nicht mit einem Wort berührt. Das wäre einem solchen alten Kampfgenossen gegenüber ganz unmöglich. Es ist vom Zitatensack der Gegner gesprochen worden. Im nächsten Jahre sind es 50 Jahre, daß ich im Kampfe stehe. Da sagt man vieles, besonders wenn man das Sozialistengesetz am Halse gehabt hat, auch manches, was besser nicht gesagt würde. Nun haben sich Südekum und sogar Kolb auf Marx berufen. Der arme Marx muß heute viel aushalten. Ich schwöre nicht auf Marx, Engels oder Lassalle und habe in meinen Briefen an die beiden stets meinen Standpunkt entschieden gewahrt. Wenn ich an andere Götter nicht glaube, so auch nicht an unsere. (Heiterkeit und Beifall.) Der Zusatzantrag ist für den Parteivorstand unannehmbar. (Bewegung.) Der Parteivorstand bittet die Unterzeichner der Resolution 93, sie zurückzunehmen. In der Sache selbst besteht zwischen dem Parteivorstand und den Antragstellern keine Meinungsverschiedenheit. (Hört, hört!) Falls abermals ein Parteitagsbeschluß mißachtet würde, würde wegen beharrlichen Zuwiderhandelns gegen Parteitagsbeschlüsse das Ausschlußverfahren nach § 33 des Organisationsstatuts gegeben sein. (Hört, hört!) Aber gegen den Antrag 93 sprechen formelle Bedenken. Unser Organisationsstatut kennt kein sich außerhalb der Partei stellen. Es gibt nur ein geordnetes Ausschlußverfahren und ein anderes würden selbst die bürgerlichen Gerichte nicht anerkennen. In der Partei wären fortgesetzte Kontraversen die Folge. Wir können keinen Staatsstreich machen, wir müssen den Genossen die Möglichkeit lassen, sich zu verteidigen und müssen unser eignes Organisationsstatut hochhalten. Ich bitte nochmals, den Antrag zurückzuziehen. Wir wollen, wenn die Debatte zu Ende ist, in alter Freundschaft nach Hause gehen. (Stürm. Beifall.)

Haase (zur Geschäftsordnung): Da durch die Erklärung des Genossen Bebel die sachliche Übereinstimmung des Parteivorstandes mit den Antragstellern der Resolution 93 festgestellt und die Erreichung ihres Zwecks gesichert ist, ziehen wir unsern Antrag zurück.

Das Schlußwort erhält der Korreferent Frank: Daß wir keine neuen Gründe vorgebracht hätten, ist falsch. Wir haben früher um einiger Budgetstellen willen, diesmal aus rein politischen Gründen für das Budget gestimmt. Im übrigen hat Bebels Rede gezeigt, in wie vielen und wie großen Dingen wir im Grunde genommen vollkommen einig sind. Wir alle wollen die kleinen Konzessionen erreichen. Die Steinchen, die aufgetürmt, der Bau der Zukunft werden. Bebel selbst hat erklärt, daß er nach so langer fruchtbarer Arbeit im Parlament die kleinen Konzessionen nicht unterschätzt. Sie bedeuten den Aufstieg des Proletariats auf der ganzen Linie, auf der es kämpft, und man muß nur in einer gewissen räumlichen Distanz stehen, um zu erkennen, daß aus diesen kleinen Konzessionen der große Sieg der Arbeiterklasse besteht. Wir alle verwahren uns vor dem Vorwurf reiner Negation. Eine junge Partei, die wirkt, muß negieren, sowie ein Kind schreit, damit die Lungen wachsen. Aber es kommt ein Zeitpunkt der Partei, wo sie stark genug ist, zu ändern, statt zu kritisieren. Wann dieser Zeitpunkt gekommen ist, darüber können wir uns brüderlich unterhalten. Bebel hat auch die monarchische Frage gestreift. Er hat noch nicht alle Hoffnung auf seinen Kaiserkandidaten Prinz Ludwig aufgegeben. Ich bitte ihn nur den Prinzen Max von Baden auch in die engere Wahl zu ziehen (Heiterkeit), der sich auch für ein demokratisches Wahlrecht eingesetzt hat, gegen das Zentrum und die Scharfmacher Liberalen. Aber die Frage ist nicht so unbedingt aktuell, daß wir uns darum streiten müßten. Bebel hat dann die Zustimmung zu den Gemeindebudgets gebilligt, aber mit einer falschen Begründung. Wären die Gemeinden nur Anhängsel des Klassenstaats, müßten wir dort doppelt und dreifach Nein sagen. Wir sagen Ja wegen der großen kulturellen Bedeutung. Auch die Einzelstaaten können ja aus dem Rahmen des Reiches nicht heraus. Sie trifft deshalb kein Vorwurf. Die Zustimmung zum Gemeindebudget ist übrigens keine Selbstverständlichkeit. Die „Leipziger Volkszeitung" fordert das Gegenteil und in einem Ort in der Nähe von Berlin, wo man ja nicht mehr zu studieren braucht (Heiterkeit), wurden die Gemeindevertreter wegen Übertretung der Nürnberger Resolution angeklagt, weil sie dem Polizeidiener für 6 Mk. eine neue Hose bewilligt hatten. (Gr. Heiterkeit.) In Dänemark, in England, in Belgien stimmen die Genossen, wenn es notwendig wird, auch für das Budget. In Österreich stimmen sie wenigstens für die Dringlichkeit und geben nachher eine schöne marxistische Begründung. Darin müssen wir noch von den Österreichern lernen. (Bebel ruft: Euch fehlt eben der Adler! Htkt.) In der Schweiz bewilligen selbst die Radikalsten das Budget der Kantone. Was die künftigen Reichstagswahlen anbetrifft, so wird es natürlich sehr schwer sein, eine Mehrheit gegen die Zölle zu schaffen. Aber auch sonst kann die neue Mehrheit von Wert sein. Bebel hat ja selbst an die Rettung des russischen Handelsvertrages erinnert. Im übrigen sollten Sie nie vergessen, daß die badischen Genossen sich mit erdrückender Mehrheit auf unsere Seite gestellt haben. Sie können ja am besten beurteilen, ob unsere Politik aufwärts oder abwärts in den Sumpf führt. Unterschätzen Sie die Urteilsfähigkeit der badischen Arbeiter nicht. Die Presse habt Ihr in Berlin so gut wie wir in Baden. Aber es liegt nicht an den Personen und an den Zeitungen, sondern an den Verhältnissen, wenn wir in dieser Frage anderer Meinung sind als Sie. Genosse Quarck hat unsere Agitation bemängelt. Ich würde mich schämen, den preußischen Genossen, die in harter Arbeit ihre Pflicht tun, mit solcher Kritik zu kommen. Genosse Quarck hat den Befähigungsnachweis für die Richtigkeit seiner Taktik noch nicht erbracht. Auf aller Lippen schwebt nun die Frage, was dann geschehen soll, wie wir endlich zu einer Lösung kommen sollen. Von unserer Seite ist weder versteckt noch offen ein Wort der Drohung ausgesprochen worden. (Zurufe: Quessel!) Um aus Quessels sanften Worten eine Drohung zu entnehmen, müssen Sie sehr sensitiv sein. Mit der Spaltung hat nur der Pfeilartikler der „Neuen Zeit" gedroht. Wir halten es für die selbstverständliche Pflicht der verantwortlichen Parteifaktoren, alles zu vermeiden, was unsere große herrliche Bewegung derart schädigen könnte. Wir haben den Weg zum Frieden gezeigt. Ignorantia non est argumentum, sage ich mit Spinoza, Unwissenheit ist kein Beweismittel, das Nächstliegende wird oft übersehen. Wir haben es erleben müssen, daß sich 208 Genossen über die eigene Verfassung der Partei nicht klar waren. Sie, die uns belehren wollten, sind mit einem Antrag gekommen, der dem Statut der Partei widersprach. Unter dem Antrag standen fast alle Parteijuristen. Was würden Sie von einem bürgerlichen Richterkollegium sagen, das ein Urteil fertig und unterschrieben mitbringt und es mit dem Dolus eventualis begründet. Nach außen hin wird die Situation außerordentlich scharf beleuchtet durch die Tatsache, daß die Mehrheit noch vor den Reden des Referenten und der Angeklagten das schärfste Urteil über uns fertig hatte. Jetzt, beim Rückzug des Genossen Haase (Stürmische Unterbrechungen.) — es war ein Rückzug des Antrages. (Zurufe: Genosse Dittmann will den Antrag wieder einbringen!) Soll denn Ihre ganze Tätigkeit auf dem Parteitag darin bestehen, wenn wir einig sind, alte Anträge wieder einzubringen? In zwei Jahren ist die Situation bei der Budgetabstimmung ohne dies eine ganz neue. Durch den Antrag Zubeil würden Sie das Statut zu einer Farce herabwürdigen. Durch die Zurückziehung des Antrages führen Sie die Vertrauensmänner der Partei auf den Boden des gemeinen Rechts zurück. Und ersparen der Partei eine Blamage. (Große Unruhe.) Wir haben keinen Wunsch nach Gnade, wir wollen unser Recht, wie die alte Frau, die beim Holzstehlen abgefaßt und bedroht wurde, daß sie das nächste Mal 5 Gulden zahlen müßte, sagte: Ich stehl mein Holz und zahle meine Strafe. (Schallende Heiterkeit. Zurufe: Was soll das heißen!) Das soll heißen, daß Sie nachher nicht sagen können, wir hätten eigentlich ausgeschlossen werden müssen, seien aber begnadigt worden. Sie sollen uns recht geben (Große Heiterkeit), ich meine Recht sprechen. Eine Erklärung abzugeben, war von dem Augenblick an undenkbar, in dem der Antrag der 208 vorlag. Ich kann heute im Namen der süddeutschen Delegierten nur erklären, daß wir selbstverständlich das allergrößte Interesse daran haben, daß die Partei einig und geschlossen bleibt, und wir wollen nach jeder Richtung hin das unsrige tun, daß es geschieht. (Stürmischer Beifall.) Aber keiner von uns kann sagen, was in zwei Jahren bei der Budgetabstimmung geschehen wird, das ist eine Frage der Verhältnisse. (Große Unruhe.) Das ist die Erklärung, die ich Ihnen abzugeben habe. Hoffentlich werden die Genossen, denen es ernst ist mit der Einigkeit der Partei, nunmehr mit uns übergehen zur Arbeit gegen den Feind. (Stürm. Beifall.)

Zur Geschäftsordnung verlangt Haase Vertagung der Abstimmung, damit die Antragsteller des Antrages Zubeil durch eine Erklärung Franks unrichtige Angaben und unberechtigte Angriffe zurückweisen könnten.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Schrammel-Österreich: Genosse Frank hat Österreich in einer heiklen Angelegenheit, in einer Bemerkung angezogen, die ich richtigstellen muß. Er sagte, in Österreich stimme man für die Dringlichkeit des Budgets und lege dann die Abstimmung marxistisch aus. Wir haben nur für die sofortige Abstimmung gestimmt, nie für das Budget selbst. Sie **können auch ganz beruhigt sein, wir werden in Österreich**

niemals für ein Budget stimmen, ohne der Zustimmung der Parteigenossen sicher zu sein und uns stets nach den Beschlüssen der Gesamtpartei richten. (Beifall.)

Peus (persönlich): Bebel hat alte Geschichten von 1903 und vorher ausgegraben, aber nur in Andeutungen gesprochen, sodaß ich ganz wehrlos bin. Da aber der Vorstand damals nicht eingeschritten ist, werden wohl meine Sünden nicht so große gewesen sein. Ich habe in meinem Wahlkreis nie anders gesprochen, als ich in meinem Blatt geschrieben habe. Dann hat sich Bebel über meine Kandidatur ausgesprochen. Wenn jemand anders über einen offiziell aufgestellten Kandidaten sich so äußern würde, so würde das in weiten Parteikreisen als Disziplinbruch angesehen werden. Wenn sich Bebel bei seiner Stellung solche Angriffe leisten zu können glaubt, so wird die Disziplinwidrigkeit dadurch nicht geringer. Aber ich glaube nicht, daß in meinem Kreise, wo ich seit 20 Jahren das Vertrauen der Genossen besitze solche Angriffe auf mich wirken werden. (Beifall bei einem Teil der Delegierten.)

Braun-Königsberg (persönlich): Bebel hat von einem Teil der Antragsteller des Antrags auf Kommissions-Einsetzung gesagt, es seien die „Schlauen", die die andern auf den Leim locken wollten. An sich ist ja Schlauheit keine Beleidigung, in dem Zusammenhange aber doch, und ich möchte wissen, ob Bebel mich etwa persönlich gemeint hat. Ich habe jedenfalls die Anregung auf Einsetzung der Kommission nur aus ganz sachlichen Erwägungen gestellt. Der Antrag war auch so gemeint, daß er keinen Gegensatz zur Vorstandsresolution bedeuten sollte, daß er auch die Entscheidung des vorliegenden Falles heute nicht hindern sollte.

Haase (persönlich): Genosse Frank hat hier gesagt, daß ein Unterzeichnen der verschärften Resolution mit der Resolution schon vor Beginn der Verhandlungen fertig war. Auch die Vorstandsresolution war ja vorher eingebracht. Dem Genossen Frank war es eben nur darum zu tun, nach außen eine Wirkung zu erzielen. (Beifall bei der Mehrheit.) Wie sehr wir zu einer Verständigung geneigt waren, beweist die Zurückziehung unseres Antrags. Unser Antrag war auch kein Verstoß gegen das Organisationsstatut, sondern nur der Ausdruck einer moralischen Verurteilung, nicht einer juristischen Verurteilung. Im übrigen hat Bebel ausdrücklich die sachliche Übereinstimmung der Vorstandsresolution mit unserm Antrag festgestellt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Bebel (persönlich): Was ich über Peus gesagt habe, sind keine alten Geschichten, sondern Vorgänge aus den Jahren 1903 bis 1907. Seine Kandidatur habe ich nicht getadelt, auch den Parteigenossen in Brandenburg nicht das Recht abgesprochen, ihn als Reichstagskandidaten aufzustellen. Nur über seine Persönlichkeit habe ich ein persönliches Urteil gefällt. Das ist mein Recht, das ich mir nicht nehmen lasse. Dem Genossen Braun erwidere ich, daß ich bei meiner Bemerkung an ihn gar nicht gedacht habe. (Heiterkeit.)

Frank (persönlich): Es ist Tatsache, daß die Resolution Zubeil vor dem Beginn der Verhandlungen fertig war. Das kann Genosse Haase nicht bestreiten. Auch der Antrag auf Einsetzung einer Kommission war vorher fertig. Aber es ist doch etwas anderes, ob man beantragt, eine Frage zu studieren, oder einen Antrag vorher stellt, der eine moralische Hinrichtung von ganz bestimmten Persönlichkeiten bedeutet, die bis dahin gleichberechtigte Parteigenossen waren. Ich hoffe, daß, nachdem der Antrag zurückgezogen ist, eine Periode des Friedens beginnen wird. (Zurufe der Mehrheit: Das hängt von Euch ab!)

Haase: Ich habe nur noch festzustellen, daß wir nach Anhörung der beiden Referate von Bebel und Frank zu einer Beratung darüber zusammengetreten sind, ob wir an unserem Antrag etwas zu ändern haben oder nicht. Wir haben uns überhaupt bis zum Schluß freie Hand vorbehalten. (Sehr richtig! b. d. Mehrheit.)

Es wird beschlossen, die Abstimmung noch heute vorzunehmen. Vorher tritt aber eine halbstündige Pause ein, weil die Mehrheit noch eine separate Beratung abhalten will.

Vorsitzender Dietz eröffnet die Sitzung gegen 8 Uhr wieder.

Von Zubeil und Gen. ist folgender Antrag eingegangen: Nachdem Frank in seinem Schlußwort sich und seinen Freunden die Stellungnahme zu den Beschlüssen des Parteitages vorbehalten hält, beantragen wird die von Bebel im Namen des Parteivorstandes abgegebene Erklärung zum Antrag zu erheben. Sie lautet:

„Wir sind der Meinung, daß falls die Resolution des Parteivorstandes angenommen wir, und abermals eine Mißachtung des Parteitagsbeschlusses stattfindet, alsdann die Voraussetzungen des Ausschlußverfahrens gemäß § 23 des Organisationsstatuts gegeben sind".

Vors. Dietz: Wir haben bereits die Diskussion geschlossen. Danach können nicht neue Anträge gestellt werden. Wir müßten dann die Diskussion wieder eröffnen.

Diesem Vorschlage wird zugestimmt.

Es folgt zunächst die Abstimmung über die Vorstandsresolution, Absatz 1 (Bestätigung des Nürnberger usw. Beschlusses.) Er wird mit 266 gegen 106 Stimmen angenommen.

Dann wird ebenfalls in namentlicher Abstimmung Absatz 2—4 derselben Resolution (Tadel gegen die Badener) mit 301 gegen 71 Stimmen angenommen.

Endlich wird die Gesamtresolution des Parteivorstandes wieder in namentlicher Abstimmung mit 289 gegen 80 Stimmen angenommen. (Stürmischer Beifall.)

Der Antrag auf Einsetzung einer Studienkommission wird mit starker Mehrheit abgelehnt. (Beifall.)

Vors. Dietz schlägt die Vertagung vor.

Emmel: Wir könnten ganz ruhig in die Debatte des Antrages Zubeil eintreten. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Dietz: Wir sind mit der Frage der badischen Budgetbewilligung vollkommen fertig. Jetzt liegt ein ganz neuer Antrag vor, den ich zu gegebener Zeit zur Beratung stellen werde. (Stürm. Zwischenrufe: Der Parteitag soll entscheiden!) Auf Ihr eigenes Treiben haben wir eine Stunde Pause gemacht, darunter haben die anderen Delegierten leiden müssen. Unser alter Freund Bebel mußte wegen Erschöpfung den Saal verlassen. Auch wir können nicht weiter verhandeln.

Haase (zur Geschäftsordnung): Wir nehmen jede Rücksicht auf unseren Vorsitzenden und die anwesenden älteren Genossen. Im Interesse der Förderung der Geschäfte liegt es aber, daß diejenigen Anträge, die im engen Zusammenhang mit der Budgetfrage stehen, sofort Erledigung finden. Wir wollen nicht morgen eine neue große Debatte über diesen Gegenstand. Heute werden wir in kurzer Zeit fertig. (Lebh. Beifall.)

Frank (zur Geschäftsordnung): Meine Freunde sind gern bereit, Ihnen jedes Entgegenkommen zu zeigen, und keinerlei formale Schwierigkeiten zu machen. Wir sind der Auffassung, daß die Behandlung des Antrages im Widerspruch steht mit der Geschäftsordnung und den bisherigen Gepflogenheiten. Wir sind weiter der Meinung, daß materiell dieser neue Antrag ebenso unmöglich ist, wie der Antrag Zubeil, weil er im Widerspruch steht mit dem Parteistatut. Sie können sich und der Partei die Wiederaufnahme der Verhandlungen ersparen, wenn sie von folgendem Notiz nehmen: Wir haben uns nie die Stellungnahme zu den Beschlüssen des Parteitages vorbehalten, wir haben vielmehr gesagt, wir wollen unser Bestes im Dienste der Einigkeit tun. Was in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre geschehen wird, kann niemand vorhersagen. Das ist eine Frage der Verhältnisse. (Mit erhobener Stimme): Wir sind der Ansicht, daß diese unsere Erklärung nicht in Widerspruch steht mit der Nürnberger Resolution. (Beifall bei der Minderheit.)

Der Parteitag beschließt mit großer Mehrheit, die Frage noch heute zu entscheiden.

Frank (zur Geschäftsordnung): Unter diesen Umständen werden wir uns an den weiteren Verhandlungen nicht beteiligen. (Beifall und große Unruhe.)

Die süddeutschen Delegierten verlassen zum größten Teile den Saal.

Haase: Die letzte Äußerung des Genossen Frank klärt in überaus wertvoller Weise die Situation. (Stürm. Beif.) Genosse Frank hat uns selbst bestätigt, daß unser Antrag identisch ist mit dem von uns zurückgezogenen Antrag Zubeil. Damit hat er selbst bestätigt, daß wir niemals den Rückzug angetreten haben. (Sehr wahr!) Was wir getan haben, war ein Akt des Entgegenkommens, weil wir nicht an einer bestimmten Form kleben. Die Form war durchaus korrekt, aber da sie an einigen Stellen mißdeutet wurde, haben wir im Interesse der Sache auf sie verzichtet. Wir haben im Laufe der Debatte immer wieder die Badener angefleht, einmal klar zu sagen, wie sie sich in Zukunft zu den Beschlüssen des Parteitags stellen wollen. Die Antwort war der Passus: niemand kann es sagen, eingekleidet in Friedensbeteuerungen. Das wurde von der großen Mehrheit des Parteitags als ein Faustschlag ins Gesicht empfunden. (Stürm. Beifall.) Die badischen Genossen machen ihr Verhalten also nicht von dem Willen der Gesamtpartei abhängig. Das mußte hier erregen und wird im Lande erregen. Wir müssen Klarheit schaffen, damit die Erklärung des Parteivorstandes nicht lediglich in die Akten geht, sondern ein verbindlicher Beschluß vorliegt. Wir müssen es unzweifelhaft feststellen, daß wir nicht gewillt sind, einen neuen Disziplinbruch zuzulassen, komme er von welcher Seite auch immer. (Stürm. Beifall.)

Vogtherr (zur Geschäftsordnung): Wir wollen feststellen, welche Genossen den Verhandlungen fernbleiben, und beantragen daher namentliche Anstimmung.

Richard Fischer: Ich bedaure, daß ein solcher Antrag den Parteitag beschäftigen kann. (Unruhe.) Wenn Sie glauben, daß es ein erfreuliches Schauspiel ist, daß diejenigen, über die Sie zu richten entschlossen sind, den Saal verlassen haben, sind Sie im Irrtum. (Lebhafte Zurufe und Unterbrechungen.) Das Recht, meine Meinung zu sagen, lasse ich mir nicht abterrorisieren. Dieses Schauspiel war nicht notwendig. Wenn es Ihnen nicht nur um die Form, sondern um die Sache zu tun war, dann wären Sie befriedigt und mußten befriedigt sein, mit der Erklärung des Genossen Frank. (Stürm. Gelächter.) Wenn Worte noch einen Sinn haben sollen, war über diese Worte kein Zweifel möglich. Wenn wir einander nicht mehr glauben, dann können wir nicht mehr verhandeln, dann dekretiert einfach die Majorität. (Stürm. Pfui!-Rufe.) Ich glaube nicht, daß die Majorität den Willen zum Mißbrauch ihrer Macht hat, aber sie kann draußen den Anschein erwecken, namentlich bei Böswilligen. Sie wollen Gewißheit, daß die Badener sich dem Beschluß des Parteitages fügen. Was hat uns Frank gesagt? (Zurufe: Das Gegenteil!) Dann stände ich nicht hier und spräche. Frank hat gesagt, daß Ihre Voraussetzung ein Irrtum ist, daß sie sich ihre Stellung nicht vorbehielten. Sie gleichen dem Vater, der den Sohn züchtigt und unbedingt verlangt, daß er verspricht, es nicht wieder zu tun. Frank hat gesagt, er glaube nicht, im Widerspruch zu der Nürnberger Resolution zu handeln. Das war keine Erklärung der 66, kein Protest gegen den Parteitagsbeschluß. Das entsprach dem Geist und der Tradition der Parteidisziplin. (Zuruf: Warum hat er das nicht gesagt?) Sie verlangen hier, daß er sich offiziell unterwirft. Dann wird man künftig den Badenern, wenn sie aus den besten Gründen das Budget ablehnen, sagen, daß sie es nur täten, weil sie sonst aus der Partei hinausfliegen. Wir wären politische Kinder, wenn wir die Genossen in diese Situation brächten. Der Antrag ist auch sachlich unmöglich. Er enthält ein präjudizielles Urteil über alle künftigen Fälle. (Zurufe und Unterbrechungen.) Genosse Ledebour, Sie haben kein Privileg, den Redner zu stören, wie Sie es hier seit Tagen tun, weil Sie ein nervöser Mensch sind und herumzappeln wie ein Bajaz. Der Parteivorstand kann erklären, daß er ein Ausschlußverfahren einleiten wird. Aber wenn der Parteitag das beschließt, bindet er alle künftigen Schiedsgerichte. Bedenken Sie das Bild, das wir den Gegnern bieten. Sie wollen den Genossen den Stempel der Unterwerfung aufdrücken und geben ihnen nicht einmal Zeit zur Beratung. Gerechtigkeitsgefühl, Solidaritätsgefühl und Würde der Partei müssen Sie dahin bringen, jetzt von der Beschlußfassung abzusehen. Sie erwecken sonst den Anschein, daß Sie nicht Genossen gegenüberstehen, mit denen Sie zusammenkämpfen wollen, sondern Feinden, die man besiegt.

Dittmann (zur Geschäftsordnung): Wir haben den Antrag dahin abgeändert, daß wir Franks Erklärung in unseren Antrag wörtlich aufnehmen.

Vorsitzender Dietz: Mir liegt im Augenblick gar kein Antrag vor, eine ruhige Überlegung ist unmöglich.

Dittmann: Ich habe die Anträge bereits überreicht. Ich warne dringend, zu vertagen. Die Parteigenossen sind es satt, sich einseifen zu lassen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dietz: Hier in diesem Saale wird niemand eingeseift. Dazu stehen die Delegierten viel zu hoch.

Lehmann (zur Geschäftsordnung): Durch den Exodus ist eine gewisse Erregung in die Versammlung gekommen. (Widerspruch.) Übereilen wir die wichtige Sache nicht, sondern verhandeln morgen in Ruhe.

Hoch-Hanau: Daß wir diese Verhandlung führen müssen, ist in der Tat ganz traurig. Wir sind aber in diese Zwangslage gekommen, weil die Badener nicht erklärt haben, sich den Beschlüssen zu fügen. Die Beschlüsse sollen aber nicht nur für den gewöhnlichen Arbeiter, sondern für jeden Genossen gelten. Das wollen wir festlegen. Wir gehen nicht eher hier weg, als bis die Entscheidung getroffen ist. (Leinert ruft: Kotau!) Es ist nichts Entwürdigendes, wenn ein Parteigenosse erklärt, sich den Parteitagsbeschlüssen zu fügen. Dann wäre es ja überhaupt entwürdigend, einer Partei anzugehören. Wenn ein Parteigenosse die Befolgung der Parteitagsbeschlüsse nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann, soll er sein Mandat niederlegen. (Stürmischer Beifall). Die Klugheit empfiehlt demokratisches Mißtrauen. Wir wollen nicht noch einmal die Geschichte haben. Von dem parteigenössischen Empfinden der Badener hätte ich eine andere Erklärung erwartet. (Stürmischer Beifall.) Jetzt muß der Parteitag den Genossen im Lande und vor allem den Gegnern zeigen, daß es ihm Ernst ist mit der Disziplin. Seine Meinung kann jeder frei sagen. Aber die Beschlüsse müssen hoch gehalten werden. So traurig die Notwendigkeit ist, sie ist vorhanden, unser Antrag muß angenommen werden.

Ein neuer Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Vorsitzender Dietz: Auch in dem neuen Antrag sind mehrere Fehler. Nach ihrer Entfernung lautet er:

„Angesichts der Erklärung des Genossen Frank im Schlußwort:

„Keiner von uns kann heute erklären, was gegeschehen wird bei den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre. Das ist die Erklärung, die ich Ihnen abzugeben habe"

beantragen wir, den nachstehenden Satz, den der Genosse Bebel im Namen des Parteivorstandes abgegeben hat, zum Beschluß zu erheben: „Wir sind der Meinung, daß wenn die Resolution des Parteivorstandes angenommen wird und abermals eine Mißachtung der Resolution vorkommt, die Voraussetzungen für das Ausschlußverfahren gemäß § 30 des Organisationsstatuts gegeben sind."

Vogtherr: Nicht die Majorität des Parteitages hat absichtlich oder unabsichtlich die Minorität zum Verlassen der Verhandlungen gezwungen, die Elemente unseres Antrags waren den Genossen durchaus bekannt. Schuld ist nur ihre verklausulierte Erklärung. Jetzt wird uns die Geschichte zu dumm. Nachgiebigkeit ist manchmal selber eine Dummheit, die wir nicht begehen wollen. (Lebh. Beifall.)

Rosenfeld-Berlin beantragt Schluß der Debatte, da der Parteitag schon zwei volle Tage dasselbe diskutiere. Der Antrag wird angenommen.

Katzenstein beantragt die Abstimmung auszusetzen, damit die badischen Genossen Gelegenheit hätten, eine befriedigende Erklärung abzugeben.

Wilk-Charlottenburg schließt sich dem an.

Der Antrag wird abgelehnt. Haase zieht namens der Antragsteller den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück, den Hoch-Hanau wieder aufnimmt.

Dietz beantragt namens des Bureaus Vertagung. (Lebh. Widerspruch.) Es wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 228 gegen 64 Stimmen angenommen. (Beifall b. d. Mehrheit.)

Hierauf vertagt sich der Parteitag um 11¾ Uhr auf Donnerstag 9 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Revolte im Gefängnis. Im Gerichtsgefängnis zu Landsberg a. d. Warthe spielte sich, wie von dort berichtet wird, gestern eine blutige Szene ab. Drei Gefangene drangen auf den Gefangenenaufseher Schönke ein und erwürgten ihn. Die Mörder sind in der allgemeinen Verwirrung, die der Vorfall verursachte, geflüchtet.

Schweres Unglück. Der Gutsbesitzer Degelmann in Neumark (Provinz Sachsen) und dessen 16jähriger Sohn wurden bei einer Wagenfahrt gegen einen Kandelaber geschleudert. Beide waren sofort tot.

Gelbe Bettelbriefe. Der General der gelben „Arbeiterbataillone", Herr von Loebell, versendet zurzeit mit der Schreibmaschine hergestellte und von ihm eigenhändig unterschriebene Bettelbriefe an die zahlungsfähigen Leute im Lande. Eines dieser Schreiben, das aus den letzten Tagen datiert ist, hat diesen Wortlaut:

„T. No. . . . .

Berlin, den . . . September 1910.

Hochgeehrter Herr!

Inliegend beehre ich mich, unseren Aufruf mit der ergebenen Bitte um gütige Bewilligung eines Beitrages zu überreichen.

Zur Festsetzung eines genauen Arbeitsplanes, wozu u. a. die dringend notwendige Anstellung nationaler Arbeitersekretäre, sowie der Ausbau der nationalen Arbeiterpresse gehören, ist es für uns von größtem Wert, wenn uns Ihr gütiger Beitrag gleich für einige Jahre gesichert wird.

Der Erfolg unserer Tätigkeit hängt lediglich von der Höhe unserer Mittel ab, da die Sozialdemokratie über große Machtmittel verfügt. Ihre Jahreseinnahmen betragen mehr als 60 Millionen Mark. Annähernd 200 politische und gewerkschaftliche Blätter neben Millionen von Flugschriften predigen den Klassenhaß. 260 Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen wirken als Werbebureaus. Die Agitation wird geleitet von 49 Reichstagsabgeordneten, etwa 180 Landtagsabgeordneten und fast 7500 Mitgliedern deutscher Gemeindevertretungen. In den Angestellten der Krankenkassen, der Konsumvereine, der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen stehen der Sozialdemokratie Zehntausende von Agitatoren zur Verfügung.

Wir erhoffen daher von Ihrer patriotischen Opferwilligkeit eine wirksame Unterstützung unserer nationalen Aufgaben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
(gez.) v. Loebell
Generalmajor z. D.,
Vorsitzender des Förderungsausschusses."

Bei seinem schweißtriefenden Versuch, den deutschen Bourgeois vor der vermaledeiten Sozialdemokratie gruselig zu machen und in dem Zustande zitternder Angst ihnen die Verpflichtung von Beiträgen gleich auf mehrere Jahre abzupressen, ist es dem Oberstkommandierenden der „vaterländischen Arbeitervereine" auf einige kleine Schwindeleien mehr oder weniger offenbar nicht angekommen. Jedoch nehmen wir die wahrheitswidrige Denunziation der Krankenkassen- und Konsumvereinsangestellten als politische Agitatoren nicht so sehr tragisch.

Schweres Unglück auf der Vesuvbahn. Ein mit Material beladener Trambahnwagen geriet, wie ein Telegramm meldet, beim Hinabfahren vom Vesuv durch Versagen der Bremsvorrichtung in eine furchtbare Geschwindigkeit. Nahe bei Bellavista sprang der Wagen, in dem auch dreizehn Arbeiter transportiert wurden, aus den Schienen und prallte gegen die Mauer einer Villa. Die Arbeiter wurden in entsetzlicher Weise zugerichtet. Einer war sofort tot, drei andere wurden tödlich verletzt unter den Trümmern hervorgezogen, und auch die übrigen erlitten so schwere Verletzungen, daß man für ihr Leben fürchtet.

Ein aufrechter Bürgermeister. Großes Aufsehen erregt in Tirol ein Reiseabenteuer des Erzherzogs Ludwig Viktor, des Bruders des Kaisers Franz Josef. Wie das „Neue Wiener Journal" aus Bozen meldet, machte der Erzherzog am Sonntag in Zivil in Begleitung seines Adjutanten eine Automobiltour durch das Eggental. Da die Straße für Automobile gefährlich ist, sind Autofahrten streng verboten. Der Wagen des Erzherzogs wurde infolgedessen auch bald angehalten. Auf Befehl des Adjutanten fuhr der Chauffeur aber weiter. Nun telephonierten die Behörden nach allen Orten des Eggentales und in Welschenofen rottete sich die ganze Bevölkerung mit Sensen und Äxten bewaffnet zusammen und sperrte durch zwei Wagen den Weg, den das Auto passieren mußte. Der Adjutant erklärte dem an der Spitze der Menge erschienenen Bürger-

meister, daß der Insasse der Erzherzog sei und daß ihm der Weg freigegeben werden müsse. Der Bürgermeister entgegnete: „Das ist gleichgültig, auch ein Erzherzog muß das Gesetz respektieren". Der Bezirkshauptmann von Bozen, den der Adjutant telephonisch von dem Zwischenfall verständigte, befahl dem Bürgermeister, das Auto passieren zu lassen. Gegen diesen Befehl aber wandte sich erregt die Menge, die erklärte: „Die Gerechtsame über die Straße haben wir erhalten mit unseren Steuern". Schließlich konnte das Auto nach ¾stündigem Aufenthalt weiterfahren. Nach der Auffassung des Bezirkshauptmanns scheint also der Erzherzog über dem Gesetz zu stehen.

Zwei Streikführer ermordet. Wie ein Telegramm aus Tampa (Vereinigte Staaten von Nordamerika) meldet, wurden dort zwei angesehene Italiener, die sich in einem kürzlich ausgebrochenen Zigarrenarbeiterstreik hervortaten, unter der Beschuldigung verhaftet, daß sie an der Erschießung des Buchhalters einer Zigarrenfabrik mitschuldig seien. Als sie gefesselt in das Gefängnis transportiert wurden, entriß sie die Volksmenge den Händen der Beamten und schleppte sie in den nahen Wald, wo sie an einem Baum aufgehängt wurden.

Unwetter in Belgien. Eine Wasserhose ist über Verviers und Umgebung niedergegangen und hat großen Schaden angerichtet. Die Eisenbahnlinien sind an mehreren Orten beschädigt worden; in Soiron, wo das Wasser stellenweise anderthalb Meter erreicht, steht ein Teil der Ortschaft unter Wasser. In Heusy haben die Gärten sehr gelitten. An den Stauwerken der Talsperre von Gileppi ist ebenfalls großer Schaden angerichtet worden. Das Wasser, welches überfließt, erreicht eine Höhe von 38 Zentimeter. Die Stauwerke haben in den letzten Tagen einen Zufluß von über zwei Millionen Kubikmeter Wasser erhalten.

Die herrliche Flotte. Unsere Flottenfexe wollen bekanntlich glauben machen, daß unsere Flotte notwendig ist, um den Handel zu schützen und zu fördern. Aber wie oft schon hat die deutsche Schneidigkeit das zerstört, das deutsche Rührigkeit aufgebaut hatte. Heute können wir zu dieser Melodie einen neuen Text liefern. Der Berliner „Konfektionär" bringt folgende Zeilen: Wie rückständige Ansichten manche große englische Firmen haben, geht aus dem Brief der großen englischen Aktiengesellschafte The Uganda Land and Building Co., Ltd., in London hervor, den wir erhalten haben. Es heißt in dem Briefe, der geradezu ein Dokument für die ungeheure Deutschenfurcht der Engländer ist: „Wir bestätigen Ihnen hiermit den Empfang der letzten Nummern der „Export-Rundschau", erklären Ihnen aber gleichzeitig ein für allemal folgendes: Das englische Volk bewundert den Geschäftsgeist der Deutschen, aber so lange wie Ihre Nation fortfährt, Riesenschiffe zu bauen, nur zu dem Zweck, um Großbritannien anzugreifen und zu zerstören (!) und so lange Sie uns zu enormen Ausgaben zwingen, um die nötigen Schiffe zur Abwehr zu bauen, wird jeder Patriot sich weigern, mit Deutschland in geschäftliche Verbindung zu treten. Was die Deutschen auch zu ihrer Entschuldigung bezüglich der großen maritimen Ausgaben anführen mögen, sie werden das englische Volk niemals überzeugen können, daß alle diese Rüstungen irgend einen andern Zweck haben als die Zerstörung Englands und die Annexion seiner Kolonien (?). Die Tatsache, daß sich alle deutschen Schiffe in der Nordsee befinden, ist der beste Beweis für diese Absicht. Sie haben eine riesige Armee, aber das englische Volk wird keine Kosten und Opfer scheuen, um zu verhindern, daß diese jemals den englischen Boden betritt. Und jeder englische Patriot sollte sich weigern, Geschäfte mit Deutschen zu machen, um womöglich noch ihren Gewinn und ihr Kapital zu kräftigen." — Eines Kommentars bedarf nach Meinung des „Konfektionärs" dieser Brief nicht. Er spricht für sich selbst. Auch wir stehen heute davon ab, diesen Brief zum Gegenstand langer Erörterungen zu machen. Wir konstatieren nur, daß die Flotte ihrem angeblichen Zweck direkt entgegenwirkt. Statt den Handel zu schützen und zu fördern, schädigt sie ihn ganz ungemein. Das wird unsere Flottenpatrioten nicht abhalten, weiter in uferlosen Plänen zu machen, es geht ja nicht aus ihren Taschen.

Warnung vor Adoptionsvermittlern. Seit einiger Zeit erscheinen in den verschiedensten Zeitungen, besonders in kleinen Städten und auf dem Lande, aber auch in den bürgerlichen Zeitungen der großen Städte, Inserate, in denen ein Kind gegen hohe Abfindung angeboten wird. Wer sich darauf meldet, erhält ein sehr verlockend abgefaßtes hektographiertes Schreiben einer Firma aus Rhenen in Holland, welche aufzählt, wieviele Kinder und mit welchen Summen sie diese schon untergebracht habe, um schließlich nebenher zu bemerken, daß 2 Mk. Aufnahmegebühr und 5 Mk. für die Auskunft, die die Firma als Abonnent billiger bekäme wie der Privatmann, zusammen also 7 Mk., einzuschicken wären, die zurückerstattet würden, wenn das Geschäft nicht zustande käme. Der Firma ist es natürlich nur um das Geld zu tun. Der Betrogene kann sowohl auf das zu adoptierende Kind wie auch auf die Zurückgabe der eingesandten 7 Mk. lange warten. Er wird weder das eine, noch das andere je zu Gesicht bekommen. Aber nicht nur im Auslande, sondern auch im Deutschen Reiche existieren Leute, die in ähnlicher Weise inserieren und aus den für eine Auskunft geforderten Beträgen die Mittel zum Lebensunterhalt gewinnen. Die Tätigkeit dieser Leute besteht darin, daß sie sozusagen als Börse für die annoncierten Kinder und Adoptions- oder Pflegestellen, deren natürlich viel mehr sind als Kinder mit Abfindung, fungieren. Ein strafbares Handeln ist solchen Geschäftsleuten, auch wenn sie nur die Gebühren eingezogen, aber kein Kind vermittelt haben, selten zur Last zu legen, weil ihnen nicht nachzuweisen ist, daß sie sich tatsächlich nicht bemüht hätten, den Auftraggebern ein Kind zu besorgen. Wenn die Vermittler aber anonym inserieren und auch unter einer chiffrierten Postlageradresse die Auskunftsgebühr verlangen, dann gehört schon ein großer Posten Leichtgläubigkeit dazu, anzunehmen, das Geld werde zu etwas anderem verwendet werden als für den Inserenten selbst. Um jedem Verluste aus dem Wege zu gehen, wird allen denen, die Kinder in Pflege nehmen oder adoptieren wollen, geraten, sich überhaupt nicht mit irgend welchen zweifelhaften Vermittlern einzulassen, sondern sich, wenn sie solche Kinder nicht in ihrem Bekanntenkreise finden, stets nur an die zuständigen amtlichen Stellen zu wenden.

Literarisches.

Arbeiter-Jugend. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nummer 20 heben wir hervor: Die Jugend-Internationale (mit Abbildung von der internationalen Jugendkonferenz in Kopenhagen). — Der Wert. II. Von Gustav Eckstein. — Drei Freunde. Von Hermann Thurow. — Kopenhagen (1883—1910). — Schnapslotterie in einem katholischen Jugendverein. — Von den Gegnern; Aus der Jugendbewegung usw. Beilage: Sven. Skizze aus einem schwedischen Jünglingsverein. Von Otto König. — Macao. II. — Theophile Steinlen (mit vier Illustrationen). Von Wilh. Hausenstein. — Umziehen. Gedicht von Hammersdorff. — Die belgische Reise der Kölner Freien Jugend. — Des Meisters Katze. Erzählung aus der Werkstatt. Von K. A. Meyer.

Zum Parteitag in Madeburg präsentiert sich die Kommunale Praxis — Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68 — als Doppelnummer mit besonders ausgewähltem Inhalt. Unter der Gesamtüberschrift: Landesgesetzgebung und Gemeinden werden die entsprechenden Verhältnisse in den Bundesstaaten geschildert. Wir erwähnen folgende Länder: Preußen — Sachsen — Großherzogtum Hessen — Baden — Sachsen-Weimar — Sachsen-Altenburg — Sachsen-Meiningen — Oldenburg — Lippe — Anhalt-Dessau — Mecklenburg — Hamburg — **Lübeck** — Elsaß-Lothringen. Auch der übrige Teil des Inhalts ist interessant und für den Gemeindepolitiker von größtem Interesse. Der Preis dieser Sondernummer beträgt 60 Pfg. Probenummern sendet der Verlag kostenlos. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß mit dem bevorstehenden 1. Oktober ein neues Abonnement auf die Kommunale Praxis beginnt und daß alle Stadtverordneten, Gemeindevertreter sowie sonstige Interessenten der Gemeindepolitik, soweit sie noch nicht Leser der Kommunalen Praxis sind, den Termin benutzen sollten, um ein Abonnement zu beginnen. Bestellungen nehmen zum Preise von 3 Mk. pro Quartal alle Postanstalten, Buchhandlungen und Spediteure entgegen.

Die Extranummer des „Wahren Jacob", die als „Gedenkblatt an den Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß" erscheint, liegt uns jetzt vor. Ein längerer Aufsatz über „Die Internationale in Kopenhagen" wird illustriert durch zwei gelungene photographische Aufnahmen vom Meeting in Söndermarken, eine Zeichnung von der Eröffnungssitzung und eine Aufnahme von der Schlußsitzung der Kongresses, ferner 4 Aufnahmen vom Ausflug des Kongresses nach Skodsborg und 3 Aufnahmen vom Empfang des Kongresses im Rathaus durch die Kopenhagener Stadtverwaltung. Das Rathaus selbst und sein Festsaal sowie das Kongreßgebäude werden noch in besonderen Bildern vorgeführt. Lebhaftes Interesse wird das Faksimile des angeblichen Briefes des französischen Ministerpräsidenten Briand an den Kongreß erwecken, dem eine getreue Übersetzung beigegeben ist. Der Beifall, den der dänische Sozialistenmarsch bei sämtlichen Kongreßteilnehmern fand, hat veranlaßt, daß in dieser Extra-Nummer der deutsche Text dieses Freiheitsliedes unter Beigabe des Notensatzes zur Veröffentlichung gelangt. Schließlich sei noch erwähnt, daß der den Lesern des „Wahren Jacob" schon lange als vertrauenswürdige Persönlichkeit bekannte „Hamborger Fleegenwirt Claus Swartmuul" in dieser Nummer auch einen Bericht über seine Erfahrungen als „Kongreßbummler" erstattet.

Der Preis der Nummer ist 10 Pfg. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 22. Sept.

Auftrieb 1471 Schweine. Markt mäßig rege. Überstand 99 Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 65,— (—,— bis 52,— Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., —,— bis 65,— (—,— bis 52,—) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 65,— bis 65,50 (50,50 bis 51,00) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 65,00 bis 65,50 (50,50 bis 51,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,00 bis 64,00 (45,50 bis 48,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 61,00 bis 62,00 (49,00 bis 49,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 54,00 bis 60,00 (42,00 bis 46,00) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Für die von meinen Kollegen vom Dampfer „Adolf" erhaltene Unterstützung sage meinen besten Dank.
J. Freitag.

Unsen Börschnider **Jochen Uhl** to sien Geburtsdag een dunnerndes Hoch. Dit möt doch langen.

Zum 1. Oktober ein leeres **Zimmer** zu vermieten, passend für eine Frau oder junges Mädchen
Steinraderweg 28, I.

Vorwerk
(direkt am Tremserteich)
helle Wohnung, 1. Stock, 3 große Zimmer, große Küche, Gartenland, Schweinestall, Boden, Keller 2c. zu Mk. 240.—. Näheres
A. Borges, Vorwerk.
Oder 2. Stock, 2 Zimmer 2c., zu Mk. 160.—.

Zu kaufen gesucht ein **kl. Haus** mit Boden und Hofplatz, Stadt oder Hüxtertor.
Ang. u. **B B** an die Exp. d. Bl.

Zu verkaufen **starkes Fahrrad,** 25 Mk. Wakenitzmauer 5.

Zu verkaufen billig: 1 Karambolbillard, gut erhalten, mit Zubehör, 1 Dezimalwage, 150 Klgr., 1 Petroleumofen, 1 Kinderwagen
Schlumacherstraße 12.

Ein Petroleumkocker,
4 Flammen, zu verk. Preis 3 Mk.
Zu besehen Gr. Kiesau 22, I.

Ein fast neues Daunenbett, Preis 24 Mk., zu verkaufen.
Schildstraße 5.

Eiserner Ofen zu verkaufen.
Waisenhofstraße 33.

Gut erhaltener weißer Kachelofen billig zu verkaufen
Untertrave 46.

Eine Kaffeemaschine (Nickel) für 40 Tassen, ein **Kaffeefilter** wegen Umzug billig zu verkaufen.
Untertrave 100.

Zwei Eichhörnchen
mit Bauer wegen Platzmangel zu verk. Krempelsdorfer Allee 32.

Vorteilhaftes Umzug-Angebot.

Gardinenkasten	40, 50, 60, 75 Pfg. an	**Waschgarnituren**	1.25, 1.90, 2.60, 3.— Mk. an
Gardinenrosetten	Paar 20, 30, 45 Pfg. an	**Waschständer**	1.00, 1.10, 1.25, 1.45, 3.—, 4.50
Papierspitzen	10 Meter 17, 20, 25 Pfg. an	**Küchenlampen**	50, 60, 75, 85, 1.— Mk. an
Haarbesen	78, 98, 125, 135 Pfg. an	**Nachtlampen**	38, 48, 55, 78, 115 Pfg. an
Handfeger	40, 50, 65, 85 Pfg. an	**Tischlampen,** enorme Auswahl	1.68, 1.78, 2.25, 2.90, 3.90, 4.25, 5.50 Mk. an
Fensterleder	28, 40, 55, 80, 100 Pfg. an	**Armlampen**	75, 125, 190, 250 Pfg. an
Aufnehmer	38, 45, 55 Pfg. an	**Hängelampen**	1.85, 2.50, 4.50, 5.50 Mk. an
Fußmatten	28, 38, 50, 75, 100 Pfg. an		

Riesen-Bazar
Breitestraße 33. **Pietro Cagna.** **Breitestraße 33.**
Trotz meinen bekannt billigen Preisen 4 Proz. oder Rabattmarken.

Damen-Frisieren und Kopfwaschen in und außer dem Hause. Kopfwaschen 75 Pfg.
Frau **Elise Wigger,** Nebenhofstr. 8.

Wer übernimmt für **Lübeck** und Umgeg. den Vertrieb des Witzblattes „**Eulenspiegel**" geg. hohen Verdienst. Probeblätter zur Gewinnung von Leser stehen in beliebiger Anzahl zur Verfügung. Zu wenden an **E. Einfeldt,** Buchdruckerei, Kiel.

Uhren u. Goldwaren
Trauringe 333 u. 585 gest. **anerkannt billig** bei
Ernst Gentzen, Uhrm., **Königstr. 62,** b. d. Hüxstr.
Gebe 10 % Rabattmarken

Gänse
prima hiesige Fett-Gänse zu billigstem Marktpreis.
Gänseklein Pfd. **70** Pfg.
Gepökeltes Gänseklein Pfd. **60** Pf.
Wilh. Schwarz,
Gänse-Spezialhandlung und Ausschlachterei.
Markthallenstand 34. Fernruf 2042.

Konkurs-Ausverkauf
der noch vorhandenen
Tabak- und Zigarren-Vorräte
des Herrn
Hans Sterly, Mühlenstr. 19.
Sämtliche Waren werden
20 Prozent unter Preis
abgegeben. Der Konkursverwalter **Grünau.**

Gravensteiner
2 Pfd. 35 Pfg., 10 Pfd. 1.60 Mk., 25 Pfd. 3.75 Mk.
Nonnen
2 Pfd. 25 Pfg., 10 Pfd. 1.20 Mk., 25 Pfd. 2.50 Mk.
Heinr. J. Uter,
Schwartauer Allee 31.

Jeden Sonnabend:
Heiße Knackwurst.
Heinr. Viereck
Hüxstraße 96.

Käse-Lager Schlumacherstr. 12. Verkauf a. d. Diele.
Zirka 6000 Pfd. Ia. **Schweizerkäse** Pfd. **60, 70** bis **80** Pfg.
Prima **Rahmkäse 70** bis **80** Pfg.
Große Pöste **Tilsiter Fettkäse** Pfd. **20** bis **40** Pfg.
Ia. **Vollfett-Tilsiterkäse** Pfd. **60** Pfg.
Echt Thüringer Stangenkäse.
Camembert-Käse Schachtel **10** Pfg.
Bruch-Schweizerkäse Pfd. **50** Pfg.
" **Rahmkäse** Pfd. **60** Pfg.
Harzer Käse 4 Stück **10** Pfg.
Mainzer Käse 3 Stück **10** Pfg.

Heute eingetroffen:
Zirka 1200 Pfund
Tilsiter Fettkäse
pikant, Pfd. 15, 20, 25, 30 u. 40 Pfg.
Johannes Müller,
Hartengrube 21.

Karbonade per Pfd. **80** ₰
Pa. Schweinefleisch, Bratenstücke, pro Pfd. **70** ₰
Pa. fr. Nacken z. Füllen Pfd. **80** ₰
Geräuch. Schweinsbacken ohne Knochen per Pfd. **75** ₰
Pa. weiß. Schmalz Pfd. 85, b. Abnahme v. 4 Pfd. p. Pfd. **80** ₰
Fetten u. mag. Speck, Pfd. 90, b. Abnahme v. 4 Pfd. p. Pfd. **85** ₰
Pa. gek. Mett- und Leberwurst . . . . . Pfund **70** ₰
Kuheuter Pfd. **50,** b. Abn. v. 2 Pfd. pr. Pfd. **45** ₰
Frische dicke Flomen.
Jeden Sonnabend von 5 Uhr an
heiße Knackwurst.
ff. Aufschnitt pro Pfd. 1 Mk.
Frisches Kopf und Bein.
M. Lahrtz, Böttcherstr. 16.

Empfehle meinen werten Kunden
prima junges fettes Fleisch, schönes Beefsteak, feine Bratenstücke, täglich frisches Gehacktes, sowie gekochtes Rollfleisch und feine Mortadella.
Ernst Wulff,
Dankwartsgrube 34.
Filiale: Fischergrube 41.